Nr. 33. — 37. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liborius-Blatt.

Donnerstag, 17. März 1910.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk, von der Post abgeholt 1,25 Mk., von der Post ins Haus gebracht 1,50 Mk.
Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.
Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.
Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.
Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 178.
Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.
Druck von Breer & Thiemann, Hamm.
Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen, für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Erstes Blatt.

Wer schimpft, hat unrecht!

☐ Wenn Wucht der Worte und Schwere der Anklagen töten könnten, dann wäre bereits heute das Zentrum nicht nur gestorben, sondern schon begraben. Die Schimpffreiheit im politischen Kampfe ist moralisch nicht besonders schön, aber rechtlich ist gegen sie nichts zu machen. Und so nehmen wir es als ein unentrinnbares Verhängnis hin, daß unsere Partei, die von jeher den beliebtesten Angriffspunkt für Liberalismus und Sozialdemokratie bildete, auch wegen ihrer Haltung bei der Wahlrechtsreform mit maßlosen Schmähungen überschüttet wird. Einen besonders saftigen Beitrag liefert heute Hans Leuß, der ehemalige Antisemit, der sich im Laufe der Jahre zum Demokraten linkester Observanz durchgemausert hat, in einem Artikel mit der Ueberschrift „Judas". Viel neues steht darin nicht, aber vollständige Worte und Reminiszenzen aus der eigenen Abgeordnetenzeit sollen dem Ding einen hervorragenden Anstrich geben. Es ist unnötige Liebesmühe, Gegner vom Schlage des Herrn Leuß überzeugen zu wollen, wobei wir allerdings noch nicht einmal an seiner Gutgläubigkeit zweifeln wollen. Aber es ist notwendig, unsere eigenen Freunde aufzuklären, damit sie von dem geschickten Trug sich nicht blenden lassen. Da wird gesagt, weshalb wir nicht mit der Linken anstatt mit den Konservativen zusammenarbeiten. Daß die von Freisinn und Sozialdemokraten beobachtete Taktik nur den Erfolg haben kann, die ganze Wahlrechtsreform zu nichte werden zu lassen, das hat ihnen in diesen Tagen der Sozialdemokrat Eduard Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften" ziemlich einleuchtend vorgerechnet. Dazu kommt, daß Freisinn und Sozialdemokratie im Landtage allgemein eine derartige Haltung einnehmen, die sie zu jeder praktischen Arbeit einfach bündnisunfähig macht. Wenn in der Wahlrechtsreform nicht mehr erreicht wird, so mögen Freisinn und Sozialdemokratie sich selbst einmal die Frage vorlegen, ob nicht von der Rechten und der Regierung weitere Zugeständnisse hätten erzielt werden können, wenn sie positiv mitgearbeitet hätten und die Wahlrechtsreform durch ein einstimmiges Votum des Abgeordnetenhauses gestützt worden konnte. So aber kann man dem Zentrum eigentlich jetzt nur den Vorwurf machen, daß es nicht die Reform rundweg ablehnt, sondern positive Verbesserungen zu erreichen trachtet. Agitatorisch würde das Zentrum zweifellos viel besser daran sein, wenn es gleich der Linken Alles- oder Nichtspolitik triebe, und die Konservativen würden zweifellos über einen Ausgang, der das geltende Wahlrecht in Geltung ließe, nicht sehr betrübt sein. Zu wessen Gunsten also wirkt das Zentrum an der Wahlrechtsreform mit? Wir meinen, die Durchsetzung der geheimen Wahl sei ein Erfolg, den vor wenigen Wochen noch kein Mensch in Preußen für möglich gehalten hat. Und die Beibehaltung der indirekten Wahl soll so schrecklich sein? In der freisinnigen Zeitschrift „März" im Heft 4 ds. Js. lesen wir in einem Artikel von Dr. H. Hutter:

„Die Zulassung der direkten Wahl statt der Wahlmännerwahl beseitigt eine Umständlichkeit, ist aber politisch nahezu belanglos . . . Dagegen ist die Aufrechterhaltung der öffentlichen Stimmabgabe eine fortgesetzte amtliche Unterschlagung der staatsbürgerlichen Wahlfreiheit."

Und am Sonnabend erklärte der nationalliberale Abg. Schiffer im Landtage, daß durch die Kommissionsbeschlüsse die indirekte Wahl bereits den Todesstoß erfahren habe. Kann man da eigentlich noch den guten Glauben annehmen, wenn dem Zentrum die Beibehaltung der indirekten Wahl als todeswürdiges Verbrechen angerechnet wird? Daß die Wahlmänner öffentlich wählen müssen, ist eine mit dem Institut der indirekten Wahl gegebene Selbstverständlichkeit. Die Sozialdemokratie hätte am allerwenigsten Grund, das Zentrum anzuklagen. Der Abg. Hirsch hat am Freitag ausdrücklich zugegeben, daß die Beseitigung der Drittelung nach Urwahlbezirken die ganze sozialdemokratische Fraktion aus dem Abgeordnetenhause herauswerfen würde. Die einzige Partei aber, die an der Drittelung nach Urwahlbezirken festhält, ist das Zentrum. Freikonservative und Nationalliberale haben ihre Beseitigung beantragt, und die Konservativen würden sich sehr gern damit einverstanden erklären. Das ist kein Geheimnis. Von welcher Seite das Volk betrogen und getäuscht wird, das können wir ruhig dem Urteil aller objektiv denkenden Leute überlassen.

Was ist erreicht?

☐ Das Preußische Abgeordnetenhaus hat am Montag die 2. Lesung der Wahlrechtsvorlage erledigt. Der letzte Tag verursachte keine großen Schwierigkeiten mehr, die Entschlossenheit der Mehrheit des Hauses, sich nicht durch Quertreibereien und Obstruktionsversuche der Nationalliberalen und ihrer linksliberalen Gefolgschaft aus dem Geleise bringen zu lassen, machte zuletzt doch einigen Eindruck, und so machte man dieser Seite keine größeren Experimente mehr, die Verabschiedung zu hintertreiben. Es ist anzunehmen, daß das, was aus diesen Beratungen herausgekommen ist, am Mittwoch auch in dritter Lesung zur Verabschiedung gelangen wird, und man wird auch nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß das Herrenhaus und die Regierung sich dem Willen der erdrückenden Mehrheit des Abgeordnetenhauses beugen und die jetzt erledigten Beschlüsse zum Gesetz machen werden.

Was ist es denn nun, was in diesen harten Kämpfen im Abgeordnetenhause erreicht worden ist? Unter Ausschaltung aller Kleinigkeiten, die weniger das Wahlrecht, als vielmehr das Wahlsystem angehen, stellt sich das, was jetzt beschlossen worden ist also dar:

Das Wahlrecht bleibt wie bisher allgemein. Die Wahlberechtigung ist nur vom Alter abhängig.

Gleich hingegen ist das Wahlrecht noch nicht. Es bleibt beim Dreiklassenwahlrecht. Die Wähler wie bisher in 3 Klassen eingeteilt, aber wie bisher entgegen dem Willen der volksfeindlichen Nationalliberalen in den Stimmbezirken, also den Urwahlbezirken. Die Einteilung erfolgt wie bisnach dem Steuersatze, aber mit der Milderung, daß alle Steuern, die über 5000 ℳ hinausgehen, dem betreffenden Steuerzahler nicht mehr angerechnet werden. Das wird die Folge haben, daß die Wählerzahl der 1. Klasse verdoppelt, die der 2. um ein Drittel vermehrt werden wird. Aus der 3. in die 2. Klasse werden außerdem noch aufsteigen diejenigen, die vor mehr als 12 Jahren das Abiturientenexamen bestanden haben. Diese Maßregel ist sehr nebensächlich; denn der weitaus größte Teil der also Bevorzugten wählt zweifellos schon heute in der 2. Klasse und wird es nach Einführung der Maximierung sicher tun.

Direkt wird die Wahl auch in Zukunft nicht sein. Es bleibt bei der Wahlmännerwahl. Die Einführung der direkten Wahl wäre zweifellos ein Fortschritt, aber einer, der für den Ausfall der Wahl und das Wahlrecht weniger von Bedeutung ist. Der Einfluß, den der einzelne mit seiner Stimme ausübt, ist doch ungefähr der gleiche, ob die Wahl nun direkt oder indirekt ist.

Dahingegen ist bei dieser Wahlrechtskampagne erreicht worden, daß das Wahlrecht geheim ist. Die ständige Ausnutzung wirtschaftlicher oder sonstiger Abhängigkeiten durch politisch mächtige Parteien hat seit Jahrzehnten immer wieder die allergrößte Empörung wachgerufen. Der Kreis der Wähler, der unter dem geheimen Wahlsystem überhaupt nicht wählen durfte, um sich nicht seiner Existenz zu berauben, war im Laufe der Zeit immer größer geworden. Dem ist jetzt abgeholfen.

Die übrigen Beschlüsse sind von geringerer Bedeutung. Jedenfalls bedeutet das, was jetzt erreicht worden ist, einen sehr großen Fortschritt, und man darf daher hoffen, daß Herrenhaus und Regierung diesen Beschlüssen ihre Zustimmung nicht versagen möchten.

Deutscher Reichstag.

○ Berlin, 15. März 1910.

Am Bundesratstisch die Staatssekretäre von Schön, Delbrück, Lisko, Krätke und später der Reichskanzler.

Zunächst wird die bei Beratung des Postetats ausgesetzte Abstimmung über die Ostmarkenzulage vorgenommen. Das Ergebnis ist zweifelhaft. Es erfolgt Hammelsprung; dafür stimmen 154, dagegen 140 Abgg. Die Ostmarkenzulage ist somit angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichskanzlers bei den zum Titel Ministergehalt vorliegenden Resolutionen.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (ntl). begründet eine Resolution, daß zur Unterstützung der Bestrebungen für die internationale Schiedsgerichtsbewegung eine Beihilfe in den nächsten Etat eingestellt werde.

Im Laufe der Debatte erklärt Staatssekretär von Schön, der Reichskanzler stehe der gegebenen Anregung sympathisch gegenüber. Wenn es ferner nicht möglich sein sollte, über abgeschlossene Verträge dem Reichstage Kenntnis zu geben, so würden sie alsbald im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Der Abschluß eines Schiedsvertrages mit Amerika ist der Bundesregierung in Washington unterbreitet worden.

Direktor im Auswärtigen Amte Körner: Die Ausführungsbestimmungen über die Schiedsgerichtsfrage mit Oesterreich - Ungarn werden demnächst zum Abschluß gebracht werden.

Abg. Ledebour (Soz.) empfiehlt die Annahme einer sozialdemokratischen Resolution, welche die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für seine Amtsführung und für alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers vor einem Staatsgerichtshof verlangt.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution auf Vorlegung eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, auf Unterstützung der Bestrebungen für die internationalen Schiedsgerichte, und die Resolution, Elsaß-Lothringen zum Bundesstaate zu erheben, angenommen. Es folgt Titel 2 des Etats, Gehalt des Unterstaatssekretärs.

Abg. Kunert (Soz.) begründet eine Resolution, welche die Vornahme von Reichstagsnachwahlen innerhalb 60 Tagen verlangt.

Staatssekretär Delbrück: Nach dem Wahlreglement müssen Ersatzwahlen sofort stattfinden. Es muß aber Rücksicht genommen werden auf die Wahlvorbereitungen. Eine Frist von 60 Tagen erscheint etwas zu knapp. Eine Frist von 90 Tagen würde unter allen Umständen ausreichen. Eine Aenderung des Wahlreglements ist nicht nötig. Der Reichskanzler ist bereit, im Verwaltungswege in dieser Richtung zu wirken.

Inzwischen ist ein Antrag Ablaß (fortschrtl.Vp.) eingegangen, der eine Frist von 70 Tagen verlangt.

Hierauf wird die Resolution Ablaß angenommen und der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats für das Auswärtige Amt.

Abg. Freiherr von Hertling (Ztr.) erstattet den Bericht über die Kommissionsverhandlungen und führt aus: Persönliche Angriffe auf das Auswärtige Amt schaden dem Ansehen Deutschlands. Das Auswärtige Amt wird die Interessen der deutschen Reichsangehörigen nachdrücklichst wahren.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Die vor einem Jahre drohende Kriegsgefahr ist noch nicht ganz geschwunden. In der Marokkofrage brauchen wir keine allzugroßen Befürchtungen zu hegen. Unsere fortdauernden Friedensbeteuerungen gegen England haben keinen Zweck. Mit dem neuen amerikanischen Zolltarif können wir nicht zufrieden sein. Der Grundfehler unserer Wirtschaftspolitik liegt im Abschluß langfristiger Handelsverträge. Hoffentlich ist unsere auswärtige Politik bei dem jetzigen Reichskanzler ebenso geborgen, wie bei seinem Amtsvorgänger.

Abg. Dr. Stresemann (ntl.): Eine Stimmung der Beunruhigung ist noch vorhanden. Das hat das Auswärtige Amt in seinem Weißbuche über Marokko selbst anerkannt. Wir gelten nicht mehr so viel wie zu Bismarcks Zeiten. Den Mittelpunkt unserer Auslandspolitik bildet unser Verhältnis zu England. England hat kein Interesse daran, die Kaufkraft Deutschlands zu vermindern. Bei Nennung des Namens Marokko können wir kein Gefühl der Befreiung empfinden. Wir fordern eine starke Förderung unserer wirtschaftlichen Entwickelung und den Schutz unserer Interessen im In- und Auslande, unter einer Verwaltung, die von kaufmännischem Geiste beseelt ist.

Abg. Kämpff (fortschrtl. Vp.): Nur durch langfristige Handelsverträge werden die Interessen unserer Industrie gewährt. Mit dem neuen französischen Zolltarif zahlt man uns lediglich zurück, was wir mit der Zollpolitik der Agrarier dem Auslande angetan haben.

Abg. Scheidemann (Soz.): Das deutsche Volk ist in der Mannesmannaffäre belogen worden. Das Auswärtige Amt ist in dieser Sache viel zu zurückhaltend gewesen. Die Gebrüder Mannesmann haben mit dem Sultan unter vier Augen einen Vertrag gemacht, der ihnen ungeheure Rechte verleiht. Das reaktionäre Preußen hat uns überall Feinde gemacht. Die deutsche Arbeiterschaft wird den Kampf gegen die Reaktion führen, bis ans Ende. —

Abg. Dr. von Dziembowski-Pomian (Pole): Die Ausweisungspolitik der preußischen Regierung ist ungerecht.

Abg. Hanssen (Däne): Die Ausweisung von Dänen in Nordschleswig wird von der Regierung zu rigoros gehandhabt.

Vizepräsident Dr. Spahn ruft den Abg. Scheidemann nachträglich zur Ordnung, weil er die Wahlrechtsvorlage einen Faustschlag ins Gesicht des preußischen Volkes genannt hat.

Gegen 8 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

= Berlin, 15. März 1910.

Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen stimmt das Haus der Verordnung zur Bekämpfung der akuten Poliomyelitis (Kinderlähmung) in den Regierungsbezirken Arnsberg, Köln und Düsseldorf zu.

Das Gesetz über die Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Heranziehung zu den direkten Kommunalsteuern wird mit einem Antrage, wonach das Gesetz für Hamburg und Altona sich nicht nur auf die kommunalen Steuern, sondern auch auf die Staatssteuern beziehen soll, angenommen. Ein Regierungsvertreter hatte dem Antrage zugestimmt.

Es folgte die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Staatsschuldbuch.

Finanzminister von Rheinbaben: Durch die Vorlage soll der Kurs unserer Staatspapiere eine festere und gleichmäßigere Gestaltung erfahren. Daß unsere Staatspapiere einen geringeren Kurs als die gleichverzinslichen Papiere in England, Frankreich und Italien haben, liegt zum Teil daran, daß das Publikum in der letzten Zeit sich mehr den wirtschaftlichen und industriellen Werten zugewendet hat. Wir müssen im Interesse der Hebung des Kurses der Papiere für eine solide Finanzgebarung sorgen. Die Sparkassen und Versicherungsanstalten sollten ihr Vermögen in Staatspapieren anlegen. Die Vorlage will eine Hebung des Staatskredites dadurch erreichen, daß die Auszahlung der Zinsen im ganzen Weltpostgebiet mit Postüberweisungen erfolgt. Um die Eintragungen zu erleichtern, sollen die Gebühren, mit Ausnahme der für Löschung, fortfallen.

Die Vorlage wird im wesentlichen nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Hierauf wird der Gesetzentwurf betreffend die Verpflichtung zum Besuche ländlicher Fortbildungsschulen in der Provinz Schlesien nach der Regierungsvorlage mit der Maßgabe angenommen, daß der Fortbildungsunterricht am Sonntage nicht stattfinden darf.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Eingemeindungsvorlage, kleinere Vorlagen. — Schluß gegen 5½ Uhr.

Tages-Ereignisse.

* Berlin, 15. März 1910.

Sozialdemokratische Lehrer. Aus Anlaß des Disziplinarverfahrens gegen fünf Bremer Lehrer, die ein Huldigungstelegramm an Bebel unterzeichnet hatten, wurden gestern in Bremen fünf sozialdemokratische Versammlungen abgehalten, nach deren Schluß etwa 10 000 Teilnehmer vors Rathaus zogen und Hochrufe auf die Gemaßregelten ausbrachten. Das geringe Polizeiaufgebot griff nicht ein. —

Der Unterstützungsfonds für die Tabakarbeiter. Die Budgetkommission des Reichstages erhöhte bei der Beratung des Etats des Reichsschatzamtes den Unterstützungsfonds von 1,5 Millionen Mark für die Tabakarbeiter einstimmig um 750 000 ℳ. Der Reichsschatzsekretär erklärte, die Regierung werde, wenn diese Summe noch nicht ausreichen sollte, Maßnahmen ergreifen, um einen Notstand nicht aufkommen zu lassen.

Deutscher Werkmeisterverband. Auf Antrag von 22 Delegierten beruft die Verwaltung des Deutschen Werkmeisterverbandes zu Pfingsten einen außerordentlichen Delegiertentag nach Hannover ein.

× Die Vergleichsverhandlungen in der Wahlrechtsfrage. (Drahtb.) Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat heute eine mehrstündige Sitzung abgehalten, in der, wie verlautet, ausschließlich die Haltung zur Wahlrechtsvorlage besprochen wurde. In parlamentarischen Kreisen erzählt man, daß die Kompromißverhandlungen der Konservativen und des Zentrums mit den Nationalliberalen völlig gescheitert sind.

Ueber den Katholizismus

sagte Dr. Oertel, der Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung und einer der Führer des Bundes der Landwirte, in einem Vortrage in Plauen am vergangenen Sonntag nach der Neuen Vogtländ. Zeitung (Nr. 54 vom 8. März) u. a.:

„Das Christentum ist gespalten in Konfessionen. Wir bedauern diese Spaltung. Aber sie ist geschichtlich geworden. Weshalb, wissen wir nicht. Vielleicht erfahren wir, was der Herr gewollt hat, als er das Christentum sich spalten ließ. Vielleicht hat er uns sagen wollen: Nun beweist, wer von beiden dem Ideal am nächsten kommt. Vielleicht werden wir auch das Rätsel nie lösen. Aber eins können wir: wir müssen dafür sorgen, daß die konfessionelle Zerklüftung nicht noch schlimmer wird wie bisher. Haben wir des Einigenden nicht viel mehr als des Trennenden? Wir haben vor kurzem unter dem Christbaum gesessen, Evangelische und Katholische gemeinsam. Binnen wenigen Wochen stehen wir unter dem Kreuz von Golgatha, Evangelische und Katholische gemeinsam. Wollen wir uns nicht verstehen? Haben wir nicht der gemeinsamen Gegner so viele und so gefährliche? Ich erinnere Sie an das Wort Friedrich Wilhelms IV., als er der Aufführung der Oper des Juden Meyerbeer „Die Hugenotten" beiwohnte: „Ja, wir Evangelische und Katholische zerfleischen uns, und der Jude macht die Musik dazu." Wollen wir ihm doch die Posaune vom Munde nehmen! In diesem Sinne sagte und sage ich: Es fällt mir keine Perle aus meiner evangelischen Krone, wenn ich auf meinen Wanderungen in katholischen Landen den Hut ziehe vor dem Bilde des Gekreuzigten. Ich habe weiter gesagt: Es fällt mir keine Perle aus meiner Krone, wenn ich auch vor dem Fronleichnamszug mein Haupt entblöße. Das ist nur ein Beweis der Achtung. Wer sagt uns denn, daß wir den richtigen Glauben haben? Wir beschimpfen die katholische Kirche, weil sie sich die alleinseligmachende nennt. Wir wissen nicht, wer recht hat. Das Christentum ist zwar die einzige Religion, die wir anerkennen, aber wir wissen nicht, ob nicht die Katholiken in gewissen Dingen recht haben. Vor den Juden und Mohammedanern beißt es, den Hut ab! Wer aber nicht jeden Tag einen Katholiken zum Frühstück verzehrt, der ist kein richtiger Protestant. Ich ringe danach, ein evangelischer Christ zu sein, aber ich werde trotzdem zum konfessionellen Frieden reden. Man hat mich deswegen beschimpft. Ich sollte ein abtrünniger sein vom evangelischen Bekenntnis? Die Andeutung aber, daß ich meinen evangelischen Glauben verleugne aus politischen Gründen, ist infam."

Mit dem Vorwurf „infam" meinte Dr. Oertel, wie er auf einen irrtümlichen Zwischenruf festzustellen sich veranlaßt sah, die Deutsche Evangelische Korrespondenz, die seine Verbeugungen vor der Fronleichnamsprozession usw. in Zusammenhang brachte mit der politischen Situation, die Zentrum und Konservative zusammengeführt hat. Der Vortrag wurde, wie gesagt, in Plauen, also in Sachsen gehalten, wo man so etwas selten oder nie, jedenfalls nicht gern hört.

Der Zentrumsturm.

Wie fest, allen Anläufen der Gegner zum Trotz und allen Propheten, die fast berufsmäßig dem Zentrum für absehbare Zeit seinen Untergang weissagen, zum Gespötte, das Zentrum als politisches Parteigebilde dasteht, betont wieder der revisionistische Sozialdemokrat Eduard Bernstein in der neuesten Nummer (5) der „Soz. Monatshefte", indem er schreibt:

Wie fest das Zentrum tatsächlich bei seinen Wählern sitzt, hat jetzt wieder die Wahl in Mülheim-Wipperfürth gezeigt, wo es bei der Hauptwahl der intensiven Agitation von Sozialdemokraten plus Nationalliberalen nicht einmal gelungen ist, einen Rückgang der Zentrumsstimmen zu erwirken. Dieser Wahlkampf hat für das Zentrum nur bestätigt, was wir seit Jahrzehnten sich haben vollziehen sehen. Im Verlauf der neunziger Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts wurde das Zentrum militär- und marinefromm. Das schadete ihm so wenig, daß es bei der Reichstagswahl von 1898 seine Mandate von 96 auf 102 vermehrte. Im Jahre 1902 half es die Zollerhöhung samt der Geschäftsordnungsänderung im Reichstag durchsetzen. Das hat es gerade zwei Sitze gekostet, während seine Wahlstimmen von 1 455 000 auf 1 875 000 stiegen. 1906 half es die Stengelsche Finanzreform zustande bringen, und bei der Neuwahl gleich darauf stieg trotz des Hottentotenlärms, und obgleich die Gefolgschaft des Zentrums durch die Konfessionsfrage begrenzt ist, die Zahl seiner Wähler auf 2 183 000, die seiner Mandate von 102 auf 105. Und jetzt, nachdem es die Steuervermehrung von 1909 zusammengebraut hat, hält es seine Wähler wieder so fest zusammen wie keine andere bürgerliche Partei. Man mag sich darüber zu sehr pessimistischen Betrachtungen veranlaßt fühlen, aber der Politiker hat die Dinge so zu nehmen, wie sie sind, das heißt, die politischen Kräfte so in Rechnung zu stellen, wie sie faktisch wiegen, und nicht, wie er wünscht, daß sie wiegen mögen.

Oesterreich - Ungarn.

Die Nachfolger Luegers. Die Vertrauensmännerversammlung der christlichsozialen Partei beschloß auf Antrag Dr. Geßmanns, in der morgen stattfindenden Parteiversammlung den Prinzen Lichtenstein zum Parteichef zu proklamieren. In der Bürgermeisterfrage endete die Konferenz mit dem Beschlusse, daß der gegenwärtige Vizebürgermeister Dr. Porzer Bürgermeister werde und Handelsminister Dr. Weiskirchner nach Ablauf von mindestens zwei Jahren ihm folge. Dr. Weiskirchner erklärte, er habe Verbindlichkeiten der Krone, dem Kabinett sowie dem Reichsratsklub gegenüber zu erfüllen. Er habe nie erklärt, daß er die Bürgermeisterwürde ablehne. Wenn die Partei und der Bürgerklub ihn des Bürgermeisteramtes für würdig hielten, bitte er, ihn für die Zukunft in Aussicht zu nehmen, und für die Zwischenzeit einen Mann zu wählen, der die Geschäfte im Sinne Luegers ungeschmälert fortführen könne. Vizebürgermeister Dr. Porzer erklärte, er sei bereit, einem eventuellen Rufe des Bürgerklubs zu folgen.

Frankreich.

Das kommt dabei heraus? Nämlich bei dem neuesten Pariser Skandal. Darauf gab der verhaftete Liquidator Duez eine treffende Antwort, als er, wie der „Germania" geschrieben wird, einer Frau erklärte, die Sache werde bald erledigt sein. Noch weit humorvoller war die wiederholte Versicherung des Gauners, daß er im Gefängnis ausgezeichnet schlafe, viel besser als vorher. Wie der Univers mitteilt, ist es nichts als Heuchelei, wenn Briand jetzt das Verdienst für sich beansprucht, das Gericht zum Einschreiten gedrängt zu haben. Es blieb dem Ministerpräsidenten gar nichts anderes übrig. Er hatte nämlich erfahren, daß Le Provost de Launay in der Senatskommission den Antrag stellen werde, die Regierung zu ersuchen, endlich einmal gegen die in dringendem Verdacht der Unterschlagung stehenden Liquidatoren das Nötige zu veranlassen. Das war Briand hinterbracht worden, und nun mußte auf seine Weisung hin der Vorsitzende der Konkursverwalterkammer, Lemarquis, schleunigst einen Bericht aufsetzen — er soll eine ganze Nacht daran gearbeitet haben — und die Verhaftung des Kollegen Duez beantragen, ihm aber vorher Gelegenheit geben, alle belastenden Papiere zu vernichten und das Weite zu suchen. Schon aus den früher von uns mitgeteilten Angaben konnte man ersehen, daß die Festnahme des Spitzbuben in keiner Weise übereilt wurde, ja, der Ministerpräsident und der Justizminister mußten sogar noch vorher ihre Genehmigung dazu erteilen. Bekanntlich hat Jaures in der Kammer die Frage gestellt, weshalb man den Liquidator Leconturier noch immer frei herumlaufen ließe. Darauf antwortete Briand, man könne doch einen Mann nicht ohne schwerwiegende Gründe seiner Freiheit berauben. Sehr zutreffend bemerkte dazu ein Zwischenrufer, der Ministerpräsident solle Herrn Leconturier nur wie einen Kongreganisten behandeln, dann käme er schon zu einem Ergebnis. Der famose Intrigant und Komödiant, der an der Spitze der französischen Regierung steht, kann unter Umständen auch den Mitleidigen und Weichherzigen spielen. Nun kommt die Hauptsache, nämlich die Erklärung für den gesunden Schlaf des Herrn Duez im Gefängnis. Der Untersuchungsrichter fand nämlich in den Papieren des Liquidators ein Notizbuch, das an 200 Namen und Quittungen enthält. Die Quittungen bestehen in der Formel: Der Unterzeichnete N. N., Redakteur der Zeitung N. N., bestätigt, von Herrn Duez die Summe von 10 000 Franken erhalten zu haben. Die Summen gehen bis zu 10 000 Fr. Die Namen sind meistens fingiert, und Duez weigert sich, die richtigen Namen zu nennen. Soviel ist jedoch sicher, daß angesehene Politiker kompromittiert sind, die entweder an ihrer Handschrift erkannt wurden, oder so unvorsichtig waren, ihre Namensunterschrift unter die Quittung zu setzen. Bei einer „Freundin" des Diebes fanden die Gerichtsbehörden Schmucksachen im Werte von 200 000 Franken, bei einem seiner früheren Schreiber, Martin, den man offenbar bei der Warnung übersehen hatte, ganze Aktenstöße, die sich auf die Liquidationsgeschäfte bezogen und deshalb beschlagnahmt wurden. Martin selbst wurde in Nevers verhaftet. Er war seinerzeit bei Duez mit 4000 Franken Monatsgehalt angestellt, hatte sich verschiedene Wohnungen in Paris gemietet und Schlösser gekauft, darunter eins für den Kaufpreis von einem ganzen Franken, das früher einer Kongregation gehört hatte und von Duez liquidiert werden sollte. Kein Wunder, daß dieser Monsier Martin ein äußerst vornehmes Haus hält, und selbst seine Handtücher mit echten Spitzen besetzt waren, wenn er auch in der Berühmtheit seinem Chef nicht gleichkam, der sich als großer Mann in allen möglichen Posen photographieren ließ. Die Aktion schreibt über den Duez-Skandal: Wenn das Parlament vermeiden will, daß man es der moralischen Mitschuld anklagt, muß es unverzüglich verlangen, daß alle von den Liquidatoren wegen der Klostergüter geführten Prozesse umgestoßen und die Liquidatoren durch vereidigte und verantwortliche Beamte ersetzt werden. Aber nur keine Angst: die ganze Sache wird verlaufen wie das Hornberger Schießen.

Aus der Praxis der Freidenker

○ Es war vor bald einem halben Jahre, daß der staunenden Welt bekannt wurde: der erste Vorsitzende des Freidenkerverbandes für Rheinland-Westfalen, Herr August Schulte-Köln, habe sich mit der Absicht getragen, für einen von ihm beabsichtigten Heiligenbilderhandel die erzbischöfliche Approbation sich einzuholen.

Die Enthüllung dieses saubern Planes und die Brandmarkung des ersten Vorsitzenden des Freidenkerverbandes, die in dieser Enthüllung gegeben ist, ist den Freidenkern arg in die Knochen gefahren, und jetzt, nach fast einem halben Jahre, beginnt die Freidenkerpresse mit Beschwichtigungen für ihr anscheinend etwas nervös gewordenes Publikum.

Da, wie uns brieflich von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, in Freidenkerkreisen allerhand andere Märchen verbreitet werden, auf welche wir unten eingehen werden, müssen wir uns nochmals mit dem Herrn Schulte und seinen „Leistungen" befassen.

Zunächst den Tatbestand.

Am Ostersonntag des vergangenen Jahres hielt Herr Schulte in Mülheim-Rhein eine seiner bekannten Schimpfreden über die Geistlichen, die „Pfaffen", wie er als ungebildeter Mensch sich auszudrücken beliebt. Die Pfaffen hielten das Volk dumm, um es ihren Zwecken gefügig zu machen, und was sonst noch dergleichen Redeblüten aus dem freidenkerischen Mistbeet zu sein pflegen.

Daraufhin brachte die „Mülheimer Volksztg." am 18. Mai 1909 einen Artikel „Ein Blick hinter die Kulissen des Freidenkertums" mit dem Motto: „Sehn Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein." Darin war mitgeteilt, daß Herr Schulte 540 ℳ Spesen für einen Monat erhalten habe, ferner 20 ℳ für Leitung je einer Versammlung, man beachte lediglich Leitung einer Versammlung in allernächster Nähe Kölns, wohin man mit der Elektrischen für 20 Pfg. fährt, und daß er sich 10 ℳ berechnet habe für Austragenlassen von Plakaten in etwa 30 Kölner Restaurationen.

Die Angaben konnten von Herrn Schulte nicht bestritten werden. Ob diese Spesenrechnung zu hoch ist, mögen die Freidenkergenossen unter sich ausmachen. Jedenfalls hätte ein solcher Spesenschlucker allen Grund, zu schweigen und nicht wider die Geldgier der Pfaffen zu donnern.

Indes ist das völlig harmlos gegen die weitern Mitteilungen der Mülheimer Volkszeitung: Herr Schulte, der Freidenkerhäuptling, habe Heiligenbilder verkauft und beabsichtigt, sich zu diesem Zweck auch die Approbation der kirchlichen Behörde einzuholen.

Durch diese Veröffentlichung fühlte Herr Schulte sich schwer beleidigt. Natürlich; das wäre ja der Gipfel der Charakterlosigkeit. Mit Recht konnte der Verteidiger des angeklagten Redakteurs bemerken, die Tatsache, daß Herr Schulte, der Bekämpfer der katholischen Geistlichkeit, beabsichtigt habe, sich für den Verkauf von Heiligenbildern die Approbation einer katholisch kirchlichen Behörde erteilen zu lassen, sei eine Gesinnungslosigkeit, die zum Himmel schreie.

Also Herr Schulte klagte, mußte klagen, wenn er nicht für ewige Zeiten blamiert sein wollte. Er klagte und erzielte in der ersten Instanz ein Urteil wider den ultramontanen Redakteur. Darauf erhob sich in der ganzen Freidenkerpresse ein gewaltiger Siegesjubel. Nur verschwieg man den Lesern, daß sofort Berufung gegen das Urteil eingelegt worden war.

So kam die Sache vor der Kölner Strafkammer abermals am 13. November zur Verhandlung. Und jetzt mußte Herr Schulte durch zeugeneidliche Aussagung sich bestätigen lassen, daß er selbst gesagt habe, er verkaufe Heiligenbilder und er habe eine feine Idee, er wolle sich zu diesem Heiligenbilderhandel auch die erzbischöfliche Approbation holen.

Um allen Ausflüchten zu begegnen, sei angeführt, daß der Freidenkersprecher Tapezierer Rudat und seine Frau unter Eid aussagten: Schulte habe sich ihnen gegenüber geäußert, daß er Heiligenbilder verkaufe und beabsichtige, sich hierfür die erzbischöfliche Approbation einzuholen. Speziell das Zeugnis der Frau Rudat lautete unzweideutig und bestimmt, Schulte habe gesagt, er habe eine feine Idee, er verkaufe jetzt Heiligenbilder und wolle sich auch die erzbischöfliche Approbation dafür holen. Auf ihr Entgegenhalten, daß sich das doch mit seiner Stellung als Vorsitzender des Freidenkerverbandes nicht vereinbare, habe er geantwortet: Ach was, wenn ich nur ein Geschäft dabei mache. (Verhandlungsbericht der „Mülheimer Volksztg.".) Die dem Herrn Genossen August Schulte nahestehende sozialdemokratische „Rhein. Zeitung" schreibt in ihrem Verhandlungsbericht (Nr. 266 vom 16. November 1909) aus der Urteilsbegründung:

„Bezüglich der Heiligenbilderaffäre ist bewiesen, daß der Kläger (Schulte) tatsächlich zum Absatze derselben mitwirkte, und das ist von seinem Freidenkerstandpunkte sehr bedenklich."

Herr Schulte beglückte die „Rheinische Zeitung" (Nr. 268 vom 19. November) mit einer Zuschrift, in welcher er erklärte, er habe lediglich als Dolmetsch für einen italienischen Kunsthändler Carlo Bertoldi aus Verona gedient. Die Bilder waren gar keine Heiligenbilder, sondern nur Reproduktionen von Kunstwerken, und zu deren Vertrieb habe er dem italienischen Kunsthändler, der die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrsche, als Dolmetsch in Kölner Kunsthandlungen gedient! Aber, Herr Schulte! zum Vertriebe von Reproduktionen von Kunstwerken braucht man doch keine bischöfliche Approbation. Von wem stammt überhaupt die Bezeichnung „Heiligenbilder"? Von den Zeugen, welche diesen Ausdruck aus dem Munde des sehr ehrenwerten Herrn Schulte gehört haben!

Auf den Hauptpunkt aber, der dem ganzen Gebaren des Herrn die Krone aufsetzt, auf seinen feinen Plan, die erzbischöfliche Approbation einholen zu wollen, geht unser Approbations-Schulte in dieser seiner Zuschrift mit keinem Wort ein. Er weiß gewiß, warum.

Tatsächlich wurde denn auch der von Herrn Approbations-Schulte verklagte Redakteur der „Mülheimer Volksztg." freigesprochen; Schulte hat die nicht geringen Kosten für das Verfahren in zwei Instanzen zu berappen und ist moralisch gerichtet. Wenn jetzt die Kölner Freidenkervereinigung erklären läßt, daß Herr Schulte nach wie vor ihr Vertrauen und das des gesamten deutschen Freidenkerbundes genieße, so ist das die Privatsache der Herrschaften. Außenstehende werden danach lediglich urteilen, daß die Herrschaften trefflich zueinander passen.

Soweit die Tatsachen.

Wenn jetzt Herr Schulte, wie uns mitgeteilt wurde, auf Vorhalten dieser seiner famosen Leistung und auf die Aufforderung, gegen die ultramontane Presse vorzugehen, sich ausredet, da hätte er viel zu tun, wenn er sich mit der ultramontanen Presse herumschlagen müsse, so weiß man nach dem Gesagten, was davon zu halten ist. Als Approbations-Schulte glaubte, die Mülheimer Volkszeitung könne den Wahrheitsbeweis nicht erbringen, als er sein feines Plänchen noch unbekannt glaubte, da war er sehr gerne bereit, mit der ultramontanen Presse sich herumzuschlagen. Jetzt natürlich, nachdem er hereingefallen, sind die Trauben zu sauer.

Aus andern Orten (Lüdenscheid) kommt uns die Nachricht, dort werde von den Freidenkern herumgeschrieen, alles sei plumper Schwindel und Herr Dr. Meffert M.Gladbach sogar zu 150 Mk. Geldstrafe auf Klage des Herrn Schulte hin verurteilt worden. Das ist wirklich plumper Schwindel und zugleich das Eingeständnis tödlichster Verlegenheit; aber echt freidenkerisch.

Mögen die Herrschaften sich beruhigen. Die Leistungen ihres Approbations-Schulte sollen ihnen so oft vorgeführt werden, bis sie aufhören, sie zu bestreiten.

Westfalen Rheinland.

Dülmen, den 16. März.

* In diesen Tagen erscheint der Briefträger bei unseren Postabonnenten und legt ihnen die Quittung für das Abonnement auf die „Dülmener Zeitung" (2. Quartal 1910) vor. Wir bitten unsere Postabonnenten, die Bestellung frühzeitig zu bewirken. Ueberall, wo wir keine eigenen Zeitungsträger haben, ist der Bezug durch die Post der einfachste und billigste. Man wolle daher außerhalb unseres engeren Verbreitungsbezirkes nur bei der Post abonnieren.

* Kein Rücktritt des Oberpräsidenten Frhrn. von der Recke. Nach einer Mitteilung des Münst. Anz. von unterrichteter Seite trifft die auch von uns gebrachte Mitteilung über einen bevorstehenden Rücktritt des Oberpräsidenten Freiherrn von der Recke nicht zu.

* Der Windthorstbund Dülmen hielt gestern abend seine übliche Versammlung ab. Nach einem kurzen, recht übersichtlichem politischen Referate, bei dem die neue Wahlrechtsvorlage besondere Berücksichtigung fand, folgte ein sehr ansprechender Vortrag über „Die Stellung der Kardinäle, ihre Wahl und Befugnisse in der Kirche", welcher von den Anwesenden mit vielem Beifall aufgenommen wurde. Von besonderem Interesse war sodann die Mitteilung, daß Dülmen als Vorort für den Gauverband des mittleren Münsterlandes, welcher die Windthorstbunde von Münster, Osnabrück Hildesheim, Paderborn, Hamm, Coesfeld, Haltern, Lüdinghausen und Dülmen umfaßt, gewählt worden ist und am 3. Sonntag nach Ostern der Bezirkstag in Lüdinghausen stattfindet. Hoffentlich werden sich an diesem viele Mitglieder beteiligen.

* Dähne-Abende. Es ist unmöglich, die Fülle interessanter Vorführungen, wie sie die beiden Abende boten, auch nur in den Umrissen hier wiederzugeben. Der klare, im besten Sinne populäre Vortrag, unterstützt durch glänzende, mit vortrefflichen Apparaten ausgeführten Versuche, fährt den Zuhörer fast mühelos in die schwierigsten Gebiete der neueren Physik ein. Das ausnahmslos sichere Gelingen der Experimente zeigt, daß Herr Dähne theoretisch und praktisch den Stoff vollkommen beherrscht. Da sah man zuerst, wie das Wasser, wie Lösungen gewisser Substanzen durch den elektrischen Strom zerlegt werden. Dann kamen Versuche über Luminiszenz, über Kathodenstrahlen, Kanalstrahlen, Röntgenstrahlen, das wertvolle Radium usw. Wie von selbst verstehen sich alle die experimentalen Vorführungen, selbst die schwierigsten nicht ausgenommen. Nicht durch hochgelehrte Worte führt uns Herr Dähne ein in die Geheimnisse der Physik, nein, vom Einfachsten ausgehend, bringt er uns stufenweise zu dem, was er uns erklären will, und läßt uns so gewissermaßen jedes Einzelne mit entdecken und mit erfinden, so daß ein nachhaltiger, unverwischbarer Eindruck im Hörer zurückbleiben muß.

* Opfer des Alkohols. In einem Hause an der Hammerstraße fand man am Sonntag abend einen italienischen Arbeiter tot auf. Wie festgestellt wurde, hatte der Mann stark dem Alkohol zugesprochen und ist anscheinend im Rausch erstickt bezw. an Alkoholvergiftung gestorben. Die Leiche wurde zur Leichenhalle des Zentralfriedhofes gebracht.

* Für Vermieter und Verpächter. Die Zollbehörde erinnert an die schleunige Versteuerung der Miet- und Pachtverträge, die bereits im Januar d. Js. versteuert werden mußten, mit dem Bemerken, daß auch mündliche Miet- und Pachtverträge stempelpflichtig sind und die Säumigen sich straffällig machen. (Siehe Inserat in heut. Nr.) Dem Vernehmen nach stehen Nachprüfungen über die Versteuerung bevor, weshalb die Steuerpflichtigen gut tun, die noch nicht erfolgte Versteuerung schleunigst nachzuholen.

* Handwerkliches. Bekanntlich ist am 1. Jan. eine Handwerksmeister-Krankenkasse hierselbst gegründet worden. Dieselbe zählt heute schon 150 Mitglieder. Bis zum 1. April können sich noch Handwerker, welche bereits über 40 Jahre alt sind, zum Eintritt melden, nachdem werden solche nicht mehr aufgenommen. Es versäume darum keiner, sich der Kasse jetzt noch anzuschließen; auch das Eintrittsgeld kostet vom 1. April ab 5 ℳ, bis dahin nur 3 ℳ. Es wird allseitig anerkannt, daß durch Gründung der Kasse einem dringenden Bedürfnis abgeholfen ist, was am besten die hohe Zahl der Mitglieder beweist. Dadurch, daß die Kasse nur selbständige Handwerker aufnimmt, ist dieselbe in der Lage, fast doppelt so hohe Entschädigungen gewähren zu können, wie andere Krankenkassen. Für einen Beitrag von 1,50 Mk. monatlich zahlt die Kasse an Krankengeld 2,50 ℳ pro Tag, sowie freien Arzt und Apotheke. Anmeldungen werden entgegengenommen in der Generalversammlung (siehe heutiges Inserat) und beim Schneidermeister Bernhard Schlüter hierselbst.

* Von der Schule. Mit Beginn des neuen Schuljahres wird an den katholischen Volksschulen der Provinz Westfalen eine neue Fibel für das erste Schuljahr und ein neues Lesebuch für das 2. Schuljahr zur Einführung gelangen. Der Preis beträgt für die Fibel 0,50 ℳ, für das Lesebuch 0,60 ℳ. Um besonders die Eltern der neu aufzunehmenden Schulkinder vor unnützen Ausgaben zu bewahren, machen wir an dieser Stelle auf die Neuerung aufmerksam.

* Bezirkstag der mittleren Postbeamten. Im Reichshof zu Dortmund tagte Sonntag der Bezirksverein des Verbandes mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten, auf dem 515 stimmberechtigte Mitglieder vertreten waren. Die Mitgliederzahl ist von 1362 auf 1380 gestiegen. Die Einnahmen des Bezirksvereines betrugen 17 764,37 ℳ und die Ausgaben 17 383,75 ℳ, so daß ein Ueberschuß von 380,62 ℳ verbleibt. Recht segensreich hat die im Bezirksverein bestehende Familienbeiratskasse gewirkt. An freiwilligen Spenden sind im vergangenen Jahre 2680,24 ℳ aufgebracht worden; an Unterstützungen an Witwen usw. wurden 1290 ℳ gezahlt. Die Kasse hatte am Schlusse des Jahres ein Vermögen von 4729 ℳ. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Als Vorstandsmitglieder wurden auf zwei Jahre u. a. gewählt: Postsekretär Alberts-Hörde, Oberpostassistent Kraft, Postsekretär Klüß, Telegr.-Bauführer Uhlmann, Oberpostassistent Otto und Postsekretär Kenter-Dortmund. Gegen die Gründung des Ortsvereins „Hellweg"-Unna fand sich nichts zu erinnern. Dann wurden noch mehrere Anträge zum Verbandstage beraten. In der Aussprache über Verbands- und Standesfragen wurde allseitig die teilweise Absplitterung der Oberpostassistenten, die auch im hiesigen Bezirksverein eingetreten ist, verurteilt. Der nächste Bezirkstag wird in Hagen abgehalten.

* Amtsgerichtliche Veränderungen. Mit dem 1. April d. J. treten sehr wesentliche Veränderungen des amtsgerichtlichen Verfahrens ein. Die wichtigste dieser Aenderungen besteht in einer bedeutenden Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte. Nach früherem und zukünftigem Rechte sind die Amtsgerichte nur in Ausnahmefällen (so bei gewissen Mietstreitigkeiten, Viehmängelprozessen usw.) unbeschränkt, d. h. ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig. Im übrigen aber waren bisher die Amtsgerichte nur bei einem Objektswerte bis einschließlich 300 Mk. zuständig. Dies wird vom 1. April an dahin geändert, daß die Amtsgerichte bis zu einem Objektswerte von 600 ℳ zuständig sind.

* Vorsicht bei Erkrankung des Viehes. In einer sauerländischen Gemeinde zeigte sich im vergangenen Sommer und Herbst bei dem Rindvieh vielfach Räude, auch Kuhgrind genannt. Diese Krankheit hat sich nun vielfach auf die Menschen, welche mit dem infizierten Vieh in Berührung kamen, übertragen. Diese Schmarotzerkrankheit zeigt sich bei den Menschen äußerst schmerzhaft, so daß die Befallenen sich mehrfach auf längere Zeit zur Kur in's Hospital begeben mußten. Bei manchen war die Krankheit an den Halspartien zum Ausbruch gekommen, so zwar, daß das Schlimmste zu befürchten war. Den Viehbesitzern ist hiernach anzuraten, sofort beim Ausbruch des Kuhgrindes einen Tierarzt zu Rate zu ziehen und sich vor Berührung der erkrankten Tiere mit bloßer Haut zu hüten. Da die Ursache der Krankheit aber eine grobe Krätzemilbe ist, kann dieselbe aber auch durch die Kleidung übertragen werden. Jedenfalls ist das infizierte Vieh sofort zu isolieren.

* Haltern, 15. März. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, die Ordnung für die Erhebung einer Biersteuer nach der vom Herrn Minister des Innern aufgestellten neuen Musterordnung, mit Gesetzeskraft vom 1. April 1910, einzuführen. Mit diesem Tage soll die bestehende Ordnung vom 28. Februar 1900 aufgehoben werden. Ferner wurde beschlossen, den von Herrn Goetjes angekauften Platz am Markt mit einem städtischen Neubau nach dem vorgelegten Entwurf in romanischem Stile zu bebauen, dessen Räume teils zu Bureau-, teils zu Geschäftszwecken Verwendung finden sollen. Sodann wurde über Aufstellung eines Bau- und Fluchtlinienplanes beraten und einstimmig beschlossen, einen Ideen-Wettbewerb auszuschreiben. — Unsere Stadt steht am Ende einer Periode ihrer mehr als 600jährigen Geschichte (Haltern erhielt 1288 unter Rudolf von Habsburg Stadtrechte). Was wäre da schöner, als dies auch für die späteren Geschlechter auf Marienbrunnens zu dokumentieren.

* Lüdinghausen, 14. März. Am Freitag nachmittag brach in den Gebäulichkeiten des Landwirts Gräve in der Bauerschaft Tüllinghoff Feuer aus. Das alte Wohnhaus brannte vollständig nieder, das neue bis auf die Umfassungsmauern. Das Vieh ist vollständig, das Mobilar größtenteils gerettet worden. Der Schaden wird durch Versicherung gedeckt.

÷ Dortmund, 15. März. Ein scharfer Kampf zwischen Einbrecher und Polizei hat sich in vergangener Nacht im nördlichen Stadtteil abgespielt. Ein Schutzmann sah gegen 2 Uhr Nachts aus einem Hause, in dem sich ein Kolonialwarengeschäft befindet, drei Männer vorsichtig heraustreten. Während der eine mit einem schweren Sack beladen war, trugen die beiden andern einen Koffer zwischen sich. Als der in Begleitung seines Hundes sich befindliche Beamte merkte, daß er es mit Elementen zu tun hatte, die nicht in ehrlicher Absicht das Haus verließen, stellte er die drei. Während nun die beiden Kofferträger Fersengeld gaben und den Koffer im Stich ließen, entspann sich zwischen dem Sackträger und dem Beamten ein heftiger Kampf, bei dem der Hund dem Sicherheitsbeamten treue Dienste leistete. Während des Handgemenges kamen die beiden Männer, die den Koffer getragen, zurück und eröffneten auf den Beamten und den Hund ein Bombardement mit gefüllten Wein- und Likörflaschen, die sich in dem Koffer befunden hatten. Nachdem man dem Hund die Beine zerschmettert und ihn kampfunfähig gemacht hatte, sah der Beamte sich den Angriffen aller drei Räuber ausgesetzt und war gezwungen, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Das war umso schwieriger, als er den Sackträger, den er als einen gefährlichen und vielgesuchten Einbrecher erkannt hatte, nicht frei gab. Die beiden andern ließen ihren Kumpan denn auch schleunigst im Stich und der Beamte vermochte, den Dritten zu überwältigen und in das nächstgelegene provisorische Polizeigefängnis zu bringen. Aber schon nach einer Stunde war er wieder ausgebrochen, um dann heute Vormittag 11 Uhr neuerdings erwischt zu werden. Mit den Namen seiner Kumpane ist er noch nicht herausgerückt. Der Sack enthielt etwa einen Zentner Schinken und Würste.

* Bocholt, 14. März. Die Eröffnung der neuen Kleinbahnlinie Bocholt-Aalten (Holland) am 1. April d. J. ist nunmehr gesichert. Die landespolizeiliche Abnahme der Kleinbahn bis zur Landesgrenze in der Richtung auf Aalten ist auf Mittwoch, 23. März, anberaumt worden. Die neue Bahnlinie bietet den in den hiesigen Fabriken beschäftigten holländischen Arbeitern eine bequeme Verbindung zwischen ihrer Wohnung in Holland und ihrer hiesigen Arbeitsstätte.

* Erwitte, 14. März. Zum silbernen Jubelfeste des hiesigen Männer-Gesangvereins am 5. Juni d. J. wird sich die stattliche Anzahl von 24 auswärtigen Vereinen mit ungefähr 750 Sängern einfinden.

× Trier, 15. März. Das Opfer einer falschen Uebersetzung. Der Prozeß gegen die drei Kroaten, die im Januar d. J. in Wittmerath in der Eifel einen Landmann beraubten und ermordeten, wurde vertagt, weil sich herausstellte, daß der Kroate Trinitz zu Unrecht unter Anklage gestellt worden war. Der Uebersetzer hatte eine Aussage, nach welcher Trinitz so ausgesagt haben sollte, als wenn er am Morde beteiligt gewesen wäre, falsch übersetzt. In Wirklichkeit hatte Trinitz ausgesagt, daß andere den Mord begangen hätten. Dieser Irrtum wurde heute zufällig entdeckt. Das Gericht beschloß deshalb, den Prozeß zu vertagen und Trinitz in Freiheit zu setzen.

□ Worms a. Rh., 5. März 1910. Heute wurde das Winter-Semester an der hiesigen Brauer-Akademie geschlossen, nachdem an den vorangegangenen Tagen die schriftlichen und mündlichen Prüfungen stattgefunden und ein durchaus befriedigendes Ergebnis geliefert hatten. Die Anstalt war befriedigend besucht. Die Mehrzahl der Studierenden kehrt in die elterlichen Geschäfte oder auf die früheren Stellen zurück. Die anderen reisen zum Antritt ihrer neuen Stellungen ab, oder bleiben zur Teilnahme an Spezialkursen noch in Worms. Das Sommer-Semester beginnt am 7. April.

□ Münster, 16. März. (Drahtb. 12,15 Uhr nachts.) Das Schwurgericht verurteilte soeben den aus Holland gebürtigen 27jährigen Stallschweizer Steffen Jonkmann, der am 12. Januar d. J. die Dienstmagd Marie Ammermann durch einen Revolverschuß im Bett getötet und den Gutspächter Große Kleimann ebenfalls durch einen Revolverschuß so schwer verletzte, daß dieser am 30. Januar starb, wegen der Mordtat an der Ammermann zum Tode und wegen der Tat an Große-Kleimann zu 15 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

* Münster, 15. März. Schwurgericht. Montag begann die zweite diesjährige außerordentliche Schwurgerichtsperiode unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Gerstein. Die Arbeiter Lorenz Adorf und Wilh. Grafen, die eines Sittlichkeitsverbrechens beschuldigt worden sind, wurden freigesprochen. — Heute morgen um 9 Uhr begann vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen den Schweizer Stephan Jonkmann, der in der Nacht zum 12. Januar den Pächter Große-Kleimann von Lütkenbeck durch Revolverschüsse tödlich verletzt und dann dessen Dienstmädchen Maria Ammermann erschossen hat. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Gerstein. Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Leggemann. Die Verteidigung des Angeklagten liegt in den Händen des Justizrats Löbker. In später Abendstunde wurde das Urteil verkündigt. Dasselbe lautete auf Todesstrafe.

* Münster, 15. März. Zu dem Einbruch in die Gerichtskasse erhält der „M. A." noch folgende Mitteilungen: Die Staatsanwaltschaft ließ gleich nach der Entdeckung des Einbruches am Montag morgen den zur Berühmtheit gelangten Polizeihund „Pan" aus Dortmund kommen. Gegen 1 Uhr kam der Hund an und wurde sofort in den Kassenraum eingelassen, der bis dahin verschlossen gehalten worden war, um die Spuren der Einbrecher nicht zu beeinträchtigen. Man gab „Pan" Witterung an dem Geldschrank und anderen Stellen, mit denen die Einbrecher in Berührung gekommen waren. Merkwürdigerweise hat der Polizeihund vollständig versagt. Hinter dem

Heizkörper in der Toilette des Hauptbahnhofes wurden gestern drei leere Geldsäckchen gefunden, in denen sich von dem Einbruch herrührendes Geld befunden hat. Aus dem Fund schließt man, daß die Einbrecher nach geschehener Tat sich zum Bahnhofe begeben haben, sich in der Toilette reinigten und hierbei die inzwischen geleerten Geldbeutel wegwarfen. Daß dies in der späten Nacht oder am frühen Morgen geschehen sein muß, beweist auch der Umstand, daß der Toilettenwärter beim Ausfegen des Toiletteraumes am vorhergehenden Abend nichts von den Geldbeuteln wahrgenommen hatte. Ausgeschlossen ist es aber nicht, daß die Einbrecher mit dem Wegwerfen der Beutel das Raffinement besaßen, der Polizei eine Abreise mit der Bahn vorzutäuschen. Da das Haupttor des Landgerichtsgebäudes am Sonntag abend bis gegen 8 Uhr offen war und die Nebentore bis gegen 10 Uhr offenstanden, besteht die begründete Annahme, daß die Einbrecher sich in das Gebäude eingeschlichen haben und sich einschließen ließen. Mit einem Nachschlüssel haben sie die Türe des Bureauraumes der Kasse geöffnet. Die Türe fand man am Morgen offen. In die schwere Mauer, die den Bureauraum von dem Kassenraum trennt, ein Loch von der vorhandenen Größe zu brechen, war den Einbrechern insofern verhältnismäßig leicht gemacht, als der Mörtel der Mauer leicht löslich ist. Mit einem Zentrumsbohrer haben die Einbrecher rund um das Schloß des aus Holz bestehenden Geldschrankes Loch an Loch gebohrt und auf diese Weise das Schloß herausgenommen. Die erbeutete Summe erreicht die Höhe von 10 700 ℳ und besteht aus Geld in Gold, Silber und Papier. Mit den örtlichen Verhältnissen im Gerichtsgebäude müssen die Einbrecher vertraut gewesen sein.

÷ **Bielefeld**, 15. März. Wegen Zweikampfes hatten sich heute vor der hiesigen Strafkammer der Referendar Schumann und der Oberlehrer Dr. Schirmer, beide von hier, zu verantworten. Der Zweikampf hatte im Herbst v. J. in Hannover stattgefunden; Veranlassung dazu waren Reibereien zwischen den beiden in einem hiesigen Restaurant gewesen. Die beiden Angeklagten wurden mit Rücksicht darauf, daß jeder von ihnen nur eine unbedeutende Verwundung davongetragen hatte, zu der gesetzlich niedrigsten Strafe von je 3 Monaten Festung verurteilt.

* **Paderborn**, 15. März. Die zur Konsekrationsfeier unseres hochw. Herrn Bischofes von auswärts kommenden Herren Geistlichen werden höflichst gebeten, an diesem Tage wegen der Vorbereitungsarbeiten zur Konsekration nicht im Dom, sondern in den anderen Stadtkirchen zu celebrieren. (Befreundete Blätter werden um Abdruck gebeten.)

* **Rumbeck**, 15. März. Ein großer Fest- und Freudentag steht der Pfarrgemeinde Rumbeck in nächster Zeit bevor. Am 24. d. M. werden 50 Jahre verstrichen sein seit dem Tage, an dem unser Herr Dechant und Pfarrer Kaspar Berens die hl. Priesterweihe empfing. Für die Feier, die aus diesem Anlasse vor sich gehen soll, ist, da der Jubeltag in die Karwoche fällt, ein späterer Tag, nämlich der 6. April, also Mittwoch nach weißen Sonntag gewählt worden.

* **Osterfeld**, 14. März. Im Berufe getötet. Der Rangierer Carl Adams von hier geriet in der vergangenen Nacht auf Bahnhof Osterfeld-Süd unter einen Eisenbahnwagen. Die Räder gingen ihm über den Leib und zerschnitten ihn in zwei Teile. Der Getötete hinterläßt eine Frau mit einem Kind.

* **Köln**, 15. März. Heute vormittag erschoß sich in der Stammheimerstraße zu Köln-Riehl ein Einjährig-Freiwilliger des Pionierbataillons Nr 7. Er war der Sohn eines Postsekretärs aus Dorstfeld. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

* **Köln**, 14. März. Heute nachmittag fand hier eine Obermeisterversammlung der Rheinischen Bäckerinnungen statt, in der beschlossen wurde, auf dem diesjährigen Mittelstandstag zu Düsseldorf eine energische Kundgebung gegen die Konsumvereine zu veranstalten. Der Verbandstag soll am 18. und 19. Juli in Essen stattfinden. Die Versammlung nahm auch Stellung zum Hansabund. In einer Entschließung wurde erklärt, daß der Zweigverein „Rheinland" korporativ den Beitritt nicht zu empfehlen vermag, im übrigen aber es jedem Einzelnen freistehe, dem Bund beizutreten.

Vermischtes.

Berlin, 15. März. Der drahtlose Taschentelegraph. Professor Cerebotani führte gestern abend in der Urania zum ersten Male praktisch den von ihm erfundenen drahtlosen Taschentelegraphen vor. Zu dem winzigen Apparat von kaum Handgröße gehört nichts weiter als eine Antenne. So ausgerüstet, kann der Besitzer von einer beliebigen Zentralstelle aus angerufen werden. Professor Cerebotani ist bekanntlich Priester an der Münchener Frauenkirche.

Potsdam, 15. März. Gasexplosion in einer Kaserne. Eine Gasexplosion, bei der zwei Unteroffiziere schwer und einer leicht verletzt wurde, hat sich heute vormittag in der Kaserne des Garde du Corps in Potsdam ereignet.

Greifswald, 14. März. Der falsche Baron. Seit einigen Tagen ist ein Privatassistent eines Professors der Chemie, der sich als Baron ausgab, unter Mitnahme mehrerer wertvoller Platinschalen aus dem Laboratorium des Professors verschwunden. Man vermutet, daß er sich zunächst nach Berlin wandte, von dort aber schon ins Ausland weiter gereist ist. Der Schwindler verkehrte in den ersten Kreisen der Greifswalder Gesellschaft. Die Staatsanwaltschaft stellte fest, daß er weder Baron noch Akademiker ist. Seine Annahme erfolgte auf Grund einer gefälschten Dissertation.

÷ **Dresden**, 14. März. Folgenschweres Automobilunglück. In der Nähe des historisch bekannten Ortes Kesselsdorf ereignete sich in der Nacht zum Sonntag ein schweres Automobilunglück. Fünf Angestellte einer Motorenfabrik in Dresden hatten in einem Automobil der Firma ohne Erlaubnis einen Ausflug nach Kesselsdorf unternommen. Auf der Chaussee kurz vor dem genannten Orte fuhr das Automobil mit voller Gewalt gegen einen Baum, sodaß es sich überschlug. Der Benzinbehälter explodierte. Von den Insassen wurde der Werkmeister Max Funcke, Vater von 6 Kindern, sofort getötet, sein Bruder erlitt zahlreiche Knochenbrüche, ein dritter Insasse einen so schweren Schädelbruch, daß sein Ableben stündlich erwartet wird.

Frankfurt a. M., 13 März. Generalleutnant z. D. v Chappuis ist gestern vormittag gestorben

÷ **Dresden**, 15 März (Drahtb.) Mordversuch. Das Schwurgericht verurteilte die Fabrikarbeiterin Anna Agnes, verehelichte Martinka aus Pirna, die dort in der Nacht zum dritten September ihren im Bett liegenden Ehemann durch einen Revolverschuß zu töten versuchte, wegen Mordes zu 12 Jahren Zuchthaus. Der Handarbeiter Zabricki erhielt wegen Beihilfe 8 Jahre Zuchthaus. Außerdem wurden beide zu 8 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht gestellt.

Colmar, 15 März. Aufsehen erregender Freispruch. Vom hiesigen Schwurgericht wurde gestern nach fünfstündiger Verhandlung der Wirt Bardell, der im Streite seine Frau mit einer Hacke erschlagen hatte, freigesprochen. Bardell hatte in sehr unglücklicher Ehe gelebt. Seine Frau hatte ihn mit einem Agenten betrogen und mit diesem sein Vermögen durchgebracht.

Dirschau, 15. März. Der Postassistent Bornemann in Dirschau, der anfangs Oktober vorigen Jahres unter Mitnahme von 30 000 Mark ausrückte und einen großen Teil des Geldes sofort in Berlin verjubelte, ist zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt übergeführt worden.

Kattowitz, 15. März. Bei lebendigem Leibe verbrannt ist auf der Aschenhalde der Wilhelminenhütte ein Grubenarbeiter namens Rademacher. Die Leiche wurde verkohlt aufgefunden. Rademacher wurde von der Polizei steckbrieflich verfolgt.

Soppinitz, 15. März. Verhaftung eines russischen Mörders. Hier wurde der Arbeiter Sergei Swetek verhaftet, der in Rußland einen Obersten und einen Gendarmen ermordet hat.

Newyork, 12. März. Trauer in der Präsidentenfamilie. Der Schwager des Präsidenten Taft, Thomas Mc Laughlin, ist gestern gestorben. Er war mit einer Schwester der Gattin des Präsidenten verheiratet. Als Todesursache wurde Gehirnschlag angegeben. Die Leichenschau ergab jedoch, daß er sich aus Verzweiflung über ein Leiden erschossen hat.

Newyork, 14. März. Der verschwundene Peary. Wie die „News" melden, ist Peary vor 5 Tagen heimlich abgereist, ohne daß man weiß, wohin er sich begeben hat. Vermutlich ist er nach dem Beispiele Cooks außer Landes gegangen.

* **Weibliche Bedienung in Wirtschaften.** Frau Camilla Zellinek (Heidelberg) teilt mit, daß sie eine Petition auf Abschaffung der weiblichen Bedienung in Wirtschaften — mit Uebergangs- und Ausnahmebestimmungen — unterstützt durch ungefähr 125 000 Unterschriften — in den nächsten Tagen bei Bundesrat, Reichstag und Reichsamt des Innern einreichen werde.

Blutiges Eifersuchtsdrama. In Rohrschach (Schweiz) erschoß ein 25jähriger Italiener seine Geliebte. Dann lauerte er auf der Straße zwei Nebenbuhlern auf und feuerte auf sie 5 Revolverschüsse ab. Der eine Arbeiter sank schwer getroffen auf der Straße zusammen, der andere erhielt 4 Streifschüsse. Der Attentäter wurde verhaftet. Unter der Bevölkerung macht sich große Erbitterung gegen die Italiener bemerkbar. Es gelang nur mit Mühe, den Verhafteten vor der Lynchjustiz der Menge zu schützen.

Letzte Posten und Depeschen.

Die Beisetzung Dr. Luegers.

○ **Wien**, 14. März (Drahtb.) Mit außerordentlicher Prachtentfaltung wurde heute die Leiche des Bürgermeisters Dr. Lueger vom Rathause aus zu Grabe getragen. Bevor sich der Trauerzug in Bewegung setzte, widmete Vizebürgermeister Neumayer dem Verstorbenen Worte des Abschiedes. An der Spitze des Zuges, der sich um ½12 Uhr in Bewegung setzte, schritten zahlreiche Abordnungen. Hinter 18 über und über mit Kränzen beladenen Wagen folgte der Galawagen mit der Leiche, dem Trauerkutschen mit den Schwestern des Verewigten und anderen Damen sich anschlossen. Es folgte die städtische Beamtenschaft, hohe politische Persönlichkeiten, Offiziersabordnungen usw. Vor dem Reichsratsgebäude hielten der Präsident des Abgeordnetenhauses, sowie der Stellvertreter des Landmarschalls Ansprachen.

○ **Wien**, 14. März (Drahtb.) Nach der Feier in der Stephanikirche setzte sich der Trauerzug nach dem Zentralfriedhofe in Bewegung. Auf dem Aspernplatze bestiegen die Trauergäste die bereitstehenden Wagen. Auf dem Zentralfriedhofe, wo der Zug am späten Nachmittage anlangte, wurde die Leiche Dr. Luegers provisorisch in der Gruft seiner Mutter beigesetzt. Am offenen Grabe sprachen u. a. im Namen der Gemeindevertretung Vizebürgermeister Porzer und im Namen der christlichsozialen Partei Minister a. D. Dr. Geßmann. Unter den Klängen von Goethes „Wanderers Nachtlied" wurde der Sarg in die Gruft gesenkt. Die Beteiligung der Bevölkerung an dem Leichenbegängnis war enorm, auch der Zuzug von auswärts war stark. Hunderttausende hatten den langen Weg, den der Zug nahm, besetzt, während militärische Sicherheitswachen, die Feuerwehr, städtische Angestellte, Veteranen und Deputationen Spalier bildeten. Auf dem ganzen Wege brannten die Lichter in schwarzumflorten Kandelabern. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Kiel, 15. März. (Drahtb.) Nach Ablauf der Demonstrationsversammlungen kam es heute abend zwischen den unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen ziehenden Trupps und der Polizei mehrfach zu Zusammenstößen. Einige Schutzleute wurden hart bedrängt und mußten in einen Laden flüchten, dessen Fenster sodann von der Menge zertrümmert wurden. Eine Anzahl Personen erlitt Verletzungen. Auch sind einige Schutzleute durch Steinwürfe verwundet worden.

Kiel, 15. März. (Drahtb.) Da heute zahlreiche Arbeiter aus Kiel und Umgegend den Arbeitsstätten ferngeblieben sind, hatte der Arbeitgeberverband beschlossen, alle Arbeiter, die ohne vorhergehende Ankündigung bezw. Entschuldigung feierten, drei Tage nicht zu beschäftigen. Vor der Germaniawerft, wo etwa 2000 Arbeiter nicht erschienen waren, hatten sich mehrere hundert Personen angesammelt, um die Arbeitswilligen zurückzuhalten.

÷ **Amsterdam**, 15. März. (Drahtb.) Die Cholera. Wie das Handelsblad aus Batavia meldet, breitet sich die Cholera auf Java immer weiter aus. Täglich kommen etwa 40 Erkrankungen vor.

÷ **Paris**, 15. März. (Drahtb.) Die Akademie der Wissenschaften wählte den Physiker Hitter in Münster zum wirklichen auswärtigen Mitglied.

Budapest, 15. März. (Drahtb.) Auflösung des ungarischen Reichstages. Der ungarische Ministerpräsident wurde heute vormittag in 1¼stündiger Audienz vom Kaiser empfangen. Ueber das Resultat der Audienz wird bekannt, daß der Kaiser die Vorschläge des Ministerpräsidenten angenommen. Das Abgeordnetenhaus soll am 22. März aufgelöst werden.

↕ **Lissabon**, 15. März. (Drahtb.) Schweres Schiffsunglück. Eine portugiesische Schaluppe, die den Hafen von J. do Pico (Azoren) bei hohem Seegang verließ, ist gesunken. 32 Personen sind umgekommen.

↕ **Monastir**, 15. März. (Drahtb.) Schneestürme in Mazedonien. Bei Inepolos erfroren 10 Reisende während eines Schneesturms.

↕ **Konstantinopel**, 15. März. (Drahtb.) Erdbeben in Armenien. In Ussek, Kasa, Sara, Vilajet Siwas, zerstörte ein Erdbeben 16 Häuser.

* **Chicago**, 15. März. Eisenbahnerausstand in Amerika. Wahrscheinlich werden 25 000 Maschinisten in den Ausstand treten, von dem 47 Eisenbahnen mit 150 000 Meilen Schienenlänge betroffen werden. Jeder Personen- und Güterverkehr zwischen Chicago und der pacifischen Küste dürfte lahmgelegt sein.

× **Chicago**, 15. März. (Drahtb.) Zum Lokomotivführer-Streik. Der Präsident des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer teilte mit, daß das ganze Maschinenpersonal der Strecken zwischen Chicago und der pacifischen Küste heute in den Ausstand treten werde.

Zivilstand der Stadt Dülmen

pro Monat Februar 1910.

Geburten. Hedwig Franziska Agatha, T. d. Schreiners Wilhelm Bruns; Apollonia Lucia, T. d. Försters Clemens Fischer; Johann Bernard, S. d. Schneidermeisters Alfonds Kalwei; Johanna Clementine Maria, T. d. Schreiners Hermann Bienhüls; Franziska Wilhelmine, T. d. Buchbinders Curt Dankwardt; Maria Theodora, T. d. Schneidermeisters Bernard Fischer; Maria Gertrud Hermine, T. d. Lehmformers Hermann Kleindick; Friedrich Bernard, S. d. Drechslers Friedrich Stuhldreier; Anton, S. d. Platzarbeiters Hermann Wälter; Walter Bernard, S. d. Metzgermeisters Isidor Davidson; Paul Bernard, S. d. Schneiders Bernard Thoms; Paul, S. d. Anstreichermeisters Heinrich Gerle; Karl Heinrich, S. d. Bergmanns Joseph Denter; Johanna Elisabeth, T. d. Pflasters Wilhelmus Florissen; Maria, T. d. Fabrikwebers Heinrich Schlüter; Joseph, S. d. Eisenhoblers Hermann Heiming; Wilhelm Martin, S. d. Maurers Anton Broz; Elisabeth Sophia, T. d. Arbeiters August Muddemann; Ferdinand Wilhelm, S. d. Anstreichers Heinrich Pietz.

Sterbefälle. Tagelöhner Bernard Wessling, 71 J.; Näherin Anna Ostkamp, 72 J. 6 M.; Herbert, S. d. Rentmeisters August Kreuz, 5 J. 5 M.; Franziska Josefine, T. d. Webers Karl Schütte, 3 J. 3 M.; Ehefrau Josefine Grothues geb. Tewes, 60 J. 3 M.; Witwe Katharina Hölscher geb. Döveling, 73 J. 6 M.; Ehefrau Juliana Leidiger geb. Mack, 27 J. 1 M.; Clemens, S. d. Formers Josef Kind, 5 W.; Maria Theodora, T. d. Schneidermeisters Bernard Fischer, 9 Std.; Franziska, T. d. Platzarbeiters August Püttmann, 5 W.; Heinrich, S. d. Geschäftsreisenden Otto Grollmann, 4 J.; Heinrich, S. d. Zimmerhauers Heinrich Speikamp, 3 M.; Ehefrau Johanna Rotering geb. Davids, 24 J. 5 M.; Arbeiter Anton Reinermann, 66 J. 5 M.; Ehefrau Maria Theresia Busch geb. Hullermann, 41 J.

Handelsteil.

Märkisch-Westfälischer Bergwerks-Verein in Letmathe. Die Ergebnisse in den ersten 8 Monaten des laufenden Geschäftsjahres weisen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine erhebliche Besserung auf, und zwar vornehmlich infolge der günstigeren Gestaltung des Zinkmarktes, sodaß die Unterbilanz bereits getilgt ist. Die weiteren Ueberschüsse lassen die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung bereits für das laufende Geschäftsjahr zu.

* **Der Getreidemarkt.** Auf dem internationalen Getreidemarkte fanden auch in letzter Woche wiederum Versuche statt, die sinkenden Weizen- und Roggenpreise wieder zu heben, aber diese Bemühungen hatten keinen rechten Erfolg, da Argentinien und Rußland große Posten von Weizen und Roggen wiederum zu billigerem Preise auf den Markt brachten. Weizen und Roggen konnten daher nur mit Mühe den Preisstand der vorigen Woche behaupten, und dasselbe galt von der Gerste, dem Hafer und Mais. Der Weizen wurde bezahlt je nach Qualität pro Tonne mit 210—222 ℳ, Roggen mit 148—155 ℳ, schwere Gerste mit 145—155 ℳ, leichte mit 130—140 ℳ, Hafer mit 16—170 ℳ und Mais mit 150—155 ℳ.

* **Essen**, 14. März. Fruchtmarkt. (Nicht amtlich) Weizen, inländ. 20,50 bis 22,25 Mk. fremder 23,50 bis 25,00 Mk. Roggen inländ. 14,75 bis 15,75 Mk. fremder 19,00 bis 20,00 Mk. Hafer, inländ. 00,00 bis 00,00 Mk., fremder 16,50 bis 19,00 Mk. Buchweizen 20,50 bis 00,00 Mk. Futtergerste 12,75 bis 13,25 Mk. Mais 16,00 bis 18,00 Mk. Weizenvorschuß 29,50 bis 33,00 Mk. Roggenvorschuß 23,50 bis 24,50 Mk. Weizenkleie 10,50 bis 00,00 Mk. Alles per 100 Kg. frachtparität Essen ohne Sack bei Abnahme von Doppelladungen mit Ausnahme von Kleie die mit Sack gehandelt wird.

Schlachtviehmärkte: Essen. **Dortmund**

Gattung	Qualität: I.	II.	III.	IV.	Qualität: I.	II.	I.	IV.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ochsen	78-80	72-75	60-66	00-00	72-75	68-72	62-67	58-61
Kühe	74-75	68-72	63 66	56-60	72-73	68 71	60 67	48-49
Bullen	70-72	66 68	60 64	00-00	67-00	63-66	58-62	00-00
Schafe	00 85	75-80	65-70	00-00	75-80	00-00	00-00	00-00
Kälber	75-80	60-00	54-58	38-50	00 00	54-55	50-55	45-49
Schweine	70-00	66-69	60-65	00-00	69-00	66-68	52-66	62-65

Die Preise verstehen sich für 50 Kilogramm Schlachtgewicht.

Essen. Auftrieb: 128 Ochsen, 211 Bullen, 547 Rinder und Kühe, 744 Kälber, 60 Schafe, 3016 Schweine. Tendenz: lebhaft, Großvieh 19 Ueberstand.

Dortmund. Auftrieb: 985 Stück Großvieh, 1762 Schweine, 464 Kälber, 59 Schafe. Tendenz: Großvieh langsam, sonst rege.

Kufeke Kindermehl. -Krankenkost. Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Die Freude des Kindes

bildet das Unterhaltungsblatt „Der kleine Coco", welches vor etwa einem Jahre der Oeffentlichkeit übergeben und von der Jugend mit heller Begeisterung aufgenommen worden ist. Das genannte Unterhaltungsblatt kann jedem Kinde ohne weiteres in die Hand gegeben werden: es enthält alles, was die Jugend interessiert, wie Reisebeschreibungen, Märchen, Erzählungen, Preisausschreiben, Rätsel- und Kurzweilecken usw. und wird in allen Geschäften der Nahrungsmittelbranche gratis beim Einkauf der berühmt gewordenen Pflanzenbutter-Margarine Marke Cocosa, verabfolgt. Cocosa ist der Buttersatz der Zukunft, hergestellt aus dem Mark ausgewählter Kokosnüsse, mit Milch und Eigelb verbuttert. Wir raten unseren Hausfrauen, mit diesem hervorragenden Buttersatz einmal einen Versuch zu machen, der sie vollauf befriedigen wird. Zudem bereiten sie ihren Kindern damit eine große Freude, da das Unterhaltungsblatt „Der kleine Coco" den Kindern die langen Abende angenehm verkürzt.

MESSMER'S THEE

Vorzüglich im Geschmack, billig im Gebrauch. Das Pfund von M. 2,60 an, 100 Gramm ab 55 Pfg.

Fr. Simons, Drogerie und Th. Trippelvoet.

Wer in der bevorstehenden Saison Freude am Radfahren haben will, der geht jetzt mit sich zu Rate, wie er es am zweckmäßigsten anzufangen habe, um beim Einkauf eines neuen Fahrrades oder dessen Zubehörteile das Richtige zu treffen. Der gewiegte Radfahrer zögert in diesem Falle nicht lange. Er tut den einzig richtigen Griff und wählt eine der bekannten und bewährten Marken der Deutschland-Fahrräder aus. Weiß er doch nur zu genau, daß eine mit diesem Namensschild geschmückte Maschine gleichzeitig gut und preiswert ist und daß, wer bei den weltbekannten Deutschland-Fahrrad-Werken August Stukenbrok, Einbeck, kauft, am besten bedient ist, weil dieses älteste, größte und leistungsfähigste Fahrradhaus Deutschlands zugleich auch das einzige ist, welches, zieht man die außerordentliche Billigkeit in Betracht, in der Qualität seiner sämtlichen Artikel von keiner Konkurrenz übertroffen wird.

NESTLE Altbewährte Nahrung für Kinder und Kranke

Überzeugen Sie sich, daß die Deutschland-Fahrräder die besten, daher im Gebrauch die allerbilligsten sind! Verlangen Sie Preisliste die reichhaltigste d. Branche, auch über Radfahrer-Bedarfs- u. Sportartikel, Nähmaschinen, Uhren etc. kostenlos von den Deutschland-Fahrrad-Werken August Stukenbrok, Einbeck. Ältestes u. grösstes Fahrradhaus Deutschlands.

Dalli-Seifenpulver ist und bleibt trotz aller Neuerscheinungen das Allerbeste

LIEBIG'S Fleisch-Extract darf seit mehr als 40 Jahren in keiner guten Küche fehlen.

Globus Putzextrakt putzt besser als andere Metall-Putzmittel



Der neueste Komet

im Reiche der Hausfrau ist Reeses Backwunder, das Patentbackpulver, mit seinen erprobten Vorzügen.

Der Backwunderkuchen gerät immer.
Der Backwunderkuchen geht immer hoch auf.
Der Backwunderkuchen ist mürbe.
Der Backwunderkuchen ist leicht verdaulich.
Der Backwunderkuchen bleibt auch im Anschnitt länger frisch während ein gewöhnlicher Backpulverkuchen leicht austrocknet.

Trotz der vielen Vorzüge nur 10 Pfg. **Reese Gesellschaft, Hameln.**

Gratis 1 Dose ff. Cakes für 50 Gutscheine

Hermann Hesse,
Dresden-A., Scheffelstraße

Der schönste Schmuck auf Damenhüten sind **Paradiesvögel.** Da aber ein ganzer Vogel in der Regel zu teuer, nimmt man auch nur einzelne Federn. Ein solcher Schmuck kostet mit naturfarbigem Kopf (braun) und weißen oder hellfarbigen Federn Mk. 16.85, hiergegen mit dunklen Federn (naturgoldbraun) schwarz, oliv, braun und marine 3 Mk. Ohne Kopf werden die Büchel verschieden je nach Wunsch zusammengestellt und kosten dann 4 stielig 2 Mk., 8 stielig 3 Mk., 15 stielig hell Mk. 11.75, 15 stiel. dunkel Mk. 7.95.

Ein ganzer Vogel mit vollem Schweif kostet in dunklem Gefieder 28 Mk., mit hellem Gefieder 60—200 Mk. je nach Güte.

Andere Vögel als Hutschmuck, z. B. Möven kosten per Stück 3—5 Mk., Glanzstar oder Merle 3—6 Mk., Papagei 2—20 Mk., Kolibri 1 Mk.



Geld-Darlehn jed. Höhe, auch ohn. Bürg. z. 4, 5% an jed. auf Wechsel Schuldschein auch Ratenabzahlungen gibt **A. Antrop, Berlin NO. 18.** Ntp

---

HAUSPUTZ
am schönsten mit
LUHNS
Wasch-Extrakt

Runkeln-Verkauf

Freitag, morgens 11 Uhr, an meiner Wohnung

Bockholt.

Am Donnerstag morgen von 8 Uhr ab wird eine

vollwertige Kuh

ausgehauen bei **Albert Fleischer** Tiberstraße.

Gebrauchte Pianinos

mit voller Garantie zu 300, 350, 400 und 450 Mk. zu verkaufen.

Bernh. Tormann,
Münster i. W., Prinzipalmarkt 41.

Kaufmännische Fortbildungsschule, Dülmen.

Die **Schlußfeier** in der kaufmännischen Fortbildungsschule findet am **Freitag, den 18. März cr., nachmittags 3 Uhr** im hiesigen **Gesellenhause,** verb. mit **Prämienverteilung** statt.

Zur Teilnahme an der **Schlußfeier** werden die Eltern der Schüler und Kaufleute hiermit ergebenst eingeladen.

Dülmen, den 16. März 1910.

Namens des Kuratoriums:
Lehbrink, Bürgermeister.

Krankenkasse selbständiger Handwerksmeister zu Dülmen.

General-Versammlung

am 20. März, abends 6 Uhr, im **Hotel Sternemann.**

Aufnahme neuer Mitglieder.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Personen über 40 Jahren in dieser **Versammlung noch aufgenommen** werden können. Nach dem 1. April können solche **nicht mehr Mitglieder** werden, auch kostet das **Eintrittsgeld** vom 1. April an 5 Mk. statt jetzt 3 Mk.

Der Vorstand.

Taschentücher
Korsetts
Handschuhe
Schürzen

Große Auswahl!

Schmitz & Janssen
Dülmen i. W.

Eine prächtige Gabe für Erstkommunikanten von

Dr. Aug. Wibbelt.

Das soeben erschienene

Brot der Engel

Gebet- und Betrachtungsbuch für Kommunionkinder und alle Verehrer des hl. Sakraments v. Pfarrer

Dr. Aug. Wibbelt

ist nach Inhalt und Ausstattung die dankbarste

Festgabe für Erstkommunikanten

weil dieses Buch ihnen ein treuer Freund und Berater sein wird

fürs ganze Leben!

In verschiedenen Einbänden und Preislagen in allen einschlägigen Geschäften vorrätig.

Butzon & Bercker, Kevelaer,
Verlag des Hl. Apostol. Stuhles.

Junger Mann sucht

Kost und Logis

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.



Donnerstag u. Freitag:

Frische Schellfische und Kabliau

Fische sind billig!

Ferner hiesige Kartoffeln per Sack und 10 Pfd.

zu haben bei

F. Fölling.

Junges Mädchen

für Küche und Hausarbeit, ohne Wäsche, zum 1. April gesucht. Lohn 80 Taler

Gillen, Münster,
Königstraße 58.

Katholisches Mädchen

f. Küche u. Hausarbeit u. zum Bedienen d. Gäste z. 1. April gesucht.
Münster i. W., Südstraße 41.

Bekanntmachung.

Es wird an die baldige Versteuerung der Miet- u. Pachtverträge, die bereits im Januar ds. Js. versteuert werden mußten, mit dem Bemerken erinnert daß auch **mündliche** Miet- und Pachtverträge stempelpflichtig sind un die Säumigen sich straffällig machen

Hauptzollamt.

Als perfekte

Köchin

empfiehlt sich **Frau Fliegner,**
Dülmen, Ostfeldmark 36

Mädchen

zum Lande für 1. April gesucht Näheres in der Expedition d. Bl.

Ein Sohn

achtbarer Eltern zu Ostern in die Lehre gesucht. **Robert Evers,**
Hohenlimburg i. Westf.,
Zimmer- u. Mühlenbaugeschäft

Kutscher gesucht.

Offerten unter Nr. 200 an die Exped. dieses Blattes einzureichen.



Arbeitspferd zu verkaufen.
Brauerei Einhaus.

Zur Gesundheitspflege!

empfehle in grosser Auswahl

Bidets

in allen Holzarten und in Eisen

Irrigator-Bidets, Sitzwannen, Badeschalen, Fussbadewannen, Zimmer-Klosetts.

Musterbuch gratis und franko.

Heinr. Langhorst,
Münster, Spiekerhof 35-36.



Grosses Aufsehen

erregen

durch Reichhaltigkeit
in allen Preislagen

meine enormen Läger

in

Herren-, Knaben-, Damen- u. Mädchen-Konfektion.

H. Hettlage, Münster

Ludgeristrasse 77-78.

Uebersehen Sie nicht die Vorteile, die Ihnen mein — Westfalens grösstes — Spezialgeschäft für Herren- und Damen-Konfektion bietet.

Nr. 33. — 37. Jahrgang.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk., von der Post abgeholt 1,25 Mk., von der Post ins Haus gebracht 1,50 Mk.
Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.
Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg die Zeile.
Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.
Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liboriusblatt.

Donnerstag, 17. März 1910.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 178.
Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.
Druck von Breer & Thiemann, Hamm.
Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Zweites Blatt.

Sozialdemokratische Uebertrumpfungspolitik.

Wenn man augenblicklich die sozialdemokratische Presse verfolgt, so gibt es bald kein Gebiet mehr, auf welchem das Zentrum im Reichstag sowie in den einzelnen Landtagen nicht die Interessen seiner Wählerschaft „verraten" hätte.

Das soll nun jüngst — so geht die Mär durch die gesamten sozialdemokratischen Blätter — auch wieder im **bayerischen** Haus der Abgeordneten bezüglich der dortigen **Staatsarbeiter** geschehen sein. Auf die letztern sind die „Genossen" nicht besonders gut zu sprechen. Sie wissen, daß der übergroße Teil der bayerischen Staatsarbeiter bei den Wahlen dem **Zentrum** seine Stimme gibt, und das **kann** ein „echter" „Genosse" selbstverständlich nicht leiden. Im bayerischen Landtag sannen sie deshalb darüber nach: wie machen wir am besten die Staatsarbeiter dem Zentrum abspenstig, und sie fanden wie immer einen Weg. **Man brauchte ja bloß Anträge zu stellen**, die, wie Bebel einmal sagte, „keine andere Partei stellen kann" und den **Uebertrumpfungspolitiker** zu spielen! In Anbetracht der Teuerung und der Folgen der „räuberischen" Finanzreform verlangte man für jeden Arbeiter eine tägliche Lohnzulage von 25 Pfg., für alle Beamten unter 3000 Mark Einkommen eine Zulage von 90 Mark jährlich. Mit großer Reklame wurden diese Anträge unter das Volk gebracht, wenn man auch **wissen** mußte, daß angesichts der Millionenaufbesserung der Beamten im vorletzten Jahre, angesichts der schlechten Finanzlage und der beabsichtigten Steuererhöhung eine Durchführung der Anträge **unmöglich war**. Tut nichts, die Mehrheitspartei hat eben die Pflicht, die Mittel zu beschaffen. Und so stürzten sich die „Genossen" mit Gier auf den Bissen, weil sie glaubten, durch die Ablehnung der Anträge würde eine Mißstimmung entstehen, die das feste Gefüge der christlich nationalen Staatsarbeiterverbände zerstöre und den „Genossen" die Hafen in die Küche triebe. Davon erzählten die Agitatoren den Massen allerdings nichts, daß die Sozialdemokraten der Steuerreform ihre Zustimmung versagt hatten, und daß sie auch sonst gerne dem Staate die **Erhöhung der Einnahmen** verweigern, anderseits aber auch die größten Forderungen stellen.

Der Antrag der „Genossen" wurde abgelehnt. Das Zentrum hätte ebensogut dafür stimmen können. Das wäre aber eine Politik der Unwahrhaftigkeit gewesen; denn nach den Erklärungen der Regierung und der Haltung des in solchen Fragen der Regierung stets zustimmenden Reichsrats wäre eine Erfüllung der Forderung völlig ausgeschlossen gewesen. Dagegen haben Zentrumsabgeordnete ein umfassendes Programm im sozialen Ausschuß aufgestellt, wonach Entlohnung, Dienst- und Ruhezeit, Pausen, Sonntagsruhe, Urlaubswesen usw. für alle Sparten der Staatsarbeiterschaft genau geregelt werden sollen. Daß dies alles nicht in einem Jahr erfüllt werden kann, ist klar. Weil aber durch diese streng sachlichen Anträge für alle Zukunft den „Genossen" die Stellung flüchtig gefaßter Agitationsanträge nach oben genannten Richtpunkten unterbunden ist, daher die grenzenlose Wut derselben und die groben Ausfälle der sozialdemokratischen Presse auf das Zentrum!

Nervös werden die Sozialdemokraten, so oft man den Nürnberger Parteitag anzieht. Dort hatten die Verteidiger des Budgets nicht anders gekonnt, als die Fortschritte zu loben, die der bayerische Staat zugunsten seines Personals gemacht hat; im Landtag und in der Agitation dagegen hört man ganz andere Töne. Und so hat der „Genosse" **Simon**, ebenfalls bayerischer Landtagsabgeordneter, durchaus recht gehabt, als er auf diesem Parteitag sagte:

„Jetzt erleben wir das Schauspiel, daß in Versammlungen und auch auf dem Parteitage die Handlungen der Regierung und der Mehrheitsparteien unserseits verteidigt werden, ein Schauspiel, das in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei einzig dasteht. Man nimmt Resolutionen an, worin man **von außergewöhnlichen Aufwendungen für die Staatsarbeiter spricht. Unsere Reden im Landtage waren ganz anderer Art, dort haben wir nachgewiesen, daß die Zuwendungen gar nichts bedeuten**, daß sie nicht einmal das ausmachen, um wieviel das Leben durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise, durch Steigerung der Wohnungsmieten usw. verteuert ist." (Protokoll des Nürnberger Parteitages, 337.)

Diesen Sätzen ist nichts hinzuzufügen. „Genosse" Simon hat recht: die Reden der Sozialdemokratie im Landtage „sind ganz anderer Art" wie dort, wo man gezwungen einen Rückblick auf all das **Erreichte** werfen und Zugeständnisse machen muß!

Tages-Ereignisse.

* **Berlin**, 15. März 1910.

Reichsversicherungsordnung. Der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung ist heute dem Reichstage zugegangen.

○ **Der Bund der technisch-industriellen Beamten** trat am Sonntag in Charlottenburg zu seiner 1. ordentlichen Tagung zusammen. Der Bund umfaßt jetzt 1534 Mitglieder. Der Zuwachs gegen das Vorjahr beträgt 2032. — An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, in deren Verlauf folgende Resolution zum **Hansabunde** angenommen wurde: „Der 4. ordentliche Bundestag sieht in dem Hansabunde einen zeitgemäßen Versuch, der Industrie und dem Handel in der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches die gebührende Achtung zu erkämpfen, bedauert aber gleichzeitig feststellen zu müssen, daß dieser Zusammenschluß unleugbar zu einer **Verschärfung der antisozialpolitischen Strömung** im Deutschen Reiche geführt hat. **Der Bundestag kann deshalb den technischen Angestellten den Anschluß an den Hansabund nicht empfehlen**, solange dieser nicht grundsätzlich auf jede sozialpolitische Tätigkeit verzichtet und seine autokratische Verfassung im Sinne der Gleichberechtigung aller Mitglieder gestaltet."

Sozialdemokratie und Ehe.

Im August 1907 kam ein Mädchen nach Berlin und ließ kurz darauf seine Mutter, die im Mai desselben Jahres **von dem Mann nach fünfundzwanzigjähriger Ehe verlassen worden war**, aus Königsberg nachkommen. Da nun die Mutter schwer krank war und es dem Mädchen nicht möglich war, sie allein zu ernähren, wandte sich dieses an seinen Vater, **einen organisierten Maurer**, mit der Bitte um Unterstützung, jedoch ohne jeden Erfolg. Als die kranke Mutter in diesem Jahre starb, ließ sich endlich der Vater herbei, 20 ℳ zur Bestreitung der Begräbniskosten zu schicken. Da die Not für das junge Mädchen von Tag zu Tag größer wurde, wandte es sich schließlich an den **Zentralverband der Maurer Deutschlands in Hamburg**, der nach den Statuten verpflichtet ist, das **Sterbegeld** demjenigen zu zahlen, der das **Begräbnis** besorgt. Der Zentralverband ist nun aber nicht gewillt, ohne weiteres seinen Verpflichtungen nachzukommen, und hat es versucht, sich mit folgendem Schreiben, dessen Original der „Freis. Ztg." vorliegt, aus der Sache zu ziehen:

„Hamburg, den 5. Februar 10. An den Vorstand des Zweigvereins Königsberg i. Pr. Werte Kollegen! Zu der Unterstützungssache des Kollegen Laubinger hat der Vorstand beschlossen, daß weder der Kollege Laubinger noch dessen Tochter Sterbegeld erhalten soll. Der Vorstand lehnt also die Sterbeunterstützung in beiden Fällen ab. Wie wir schon unterm 27. vorigen Monats mitteilten, verstehen wir unter einer Ehe das Zusammensein und die Bestreitung der Unterhaltungskosten der Frau durch den Mann. So haben wir schon oft Sterbegeld für Fälle **bewilligt**, wo die Ehegatten in sogen wilder Ehe lebten. Versichert ist ja im Verbande das Mitglied selbst und seine Frau. Als Ehefrau des Kollegen Laubinger kann die Verstorbene **nicht mehr gelten**. Sie wohnte die letzten 2½ Jahre in Berlin bei ihrer Tochter. Der Kollege Laubinger kümmerte sich nicht um sie. Wir müssen **die Ehe deshalb als geschieden ansehen** und hat Kollege Laubinger deshalb kein Recht auf Sterbegeld, insbesondere, als er ja auch nichts zu den Begräbniskosten beigetragen hat. Wir können aber **auch der Tochter** das Sterbegeld **nicht** bewilligen, weil die Verstorbene in keiner Weise Rechte und Pflichten am (!) Verband hatte, seit sie von ihrem Manne weg war. Wir senden anbei die Quittungen wieder zurück, ebenfalls auch das Schreiben des Frl. Laubinger aus Berlin. Gib beiden Parteien Mitteilung über obigen Bescheid. Mit kollegialem Gruß der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. J. A.: gez. Pauser."

Die „Freis. Ztg." bemerkt hierzu:

„Wir halten es für unnötig, diesen Brief mit einem längeren Kommentar zu versehen. Ueber die Rechtslage, die vollständig klar ist, wollen wir schon gar nicht reden. Am erstaunlichsten aber sind die Auffassungen der Hamburger Genossen über die Ehe: **„Der Kollege Laubinger kümmert sich nicht um seine Frau. Wir müssen die Ehe deshalb als geschieden ansehen."** Das ist eine Auffassung, wie man sie sogar dem zielbewußtesten Sozialdemokraten nicht zutrauen sollte. Selbst wenn ein Recht auf Unterstützung nicht vorläge, so müßte in diesem Fall, da eine Notlage vorhanden war, der Verband aus freien Stücken einspringen. So aber sucht er sich seinen gesetzlichen Verpflichtungen durch eine geradezu klassische Begründung zu entziehen."

Zur Steuer auf Leuchtmittel.

Die Zeitschrift für die Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwarenindustrie und für alle verwandten Erwerbszweige Gordian schreibt unter der bezeichnenden Ueberschrift: **„Etwas für den Hansabund"**:

Als am 15. Juli von der Reichstagsmehrheit beschlossen wurde, zur Beschaffung der unbedingt nötigen Geldmittel auch eine Steuer auf die Leuchtmittel **der vornehmen oder leistungsfähigen Kreise** zu legen, da erhoben die mit Phrasen angefüllten Politiker einen Donnerlärm! Diese Steuer sollte ein Ausbund aller Schlechtigkeiten sein, sie sollte . . . ja, was sollte die nicht alles für schlimme Krankheiten heraufbeschwören! Die Steuer ist gekommen, kein Mensch merkt etwas davon. Jede Steuer ist für Handel und Industrie eine reine Kalkulationsziffer; der Privatmann muß sich mit ihr abfinden. An Steuern sollten an das Reich abgeführt werden bei elektrischen Metallfadenlampen bis zu 15 Watt 10 Pf. für die Glühlampe, von 15 bis 25 Watt 20 Pf. für die Glühlampe, von über 25 bis 60 Watt 40 Pf. für die Glühlampe. Alle Welt schrie: Das überleben wir nicht. Direktoren der Glühlampenfabriken und elektrischen Werke stellten sich an die Spitze der Hansabundgründungen und gebärdeten sich, als ob sie verhungern müßten. Und heute? — — Heute melden dieselben Herren: **Wir ermäßigen den Preis der 25er, 32er, 50er Metallfadenlampen von drei Mark auf 2 Mk.!** Hatten da die Herren, die den Apothekerpreis der Metallfadenlampen kannten, nicht recht, wenn sie beschlossen, daß hier für die Allgemeinheit eine Steuer herauszuholen sei? Wollt Ihr einen großen Absatz machen, dann sollt Ihr, weil Ihr es könnt, von eurem großen Gewinnaufschlag einen Teil hergeben!? Jetzt ist es also so gekommen: **Alle Lichtkonsumenten müssen den Leuten, die die Leuchtmittelsteuer durchgebracht haben, von Herzen danken**, weil sie es sind, die einen **enormen Preisnachlaß** in elektrischen Leuchtmitteln hervorgerufen haben. — Und was sagt der Hansabund? Er schweigt!

Die Nationalliberalen und die Wahlrechtsvorlage.

Die Kreuzzeitung kritisiert in ihrer Wochenrundschau ausschließlich das Verhalten der Nationalliberalen im Abgeordnetenhause und bemerkt u. a., daß die Regierung das Versprechen der Thronrede in der denkbar loyalsten Weise ausgeführt habe, indem sie der Wahlrechtsvorlage eine Fassung gab, der auch die Nationalliberalen zustimmen konnten, wenn sie überhaupt ein erreichbares Ziel ins Auge faßten. Schließlich sagt das konservative Blatt:

Die Haltung der Nationalliberalen im preußischen Abgeordnetenhause hat den durch keine rethorischen Wendungen mehr aus der Welt zu schaffenden Beweis erbracht, daß sie nunmehr ihren Anschluß nur nach links suchen wollen, und es ist im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen nötig, daß unsere Freunde im Lande die neueste Wandlung in dem Charakter dieser Partei genau beobachten, damit man sich nicht irgendwo durch Blockerinnerungen über ihre wahre Natur täuschen läßt. Es wird nicht ausbleiben, daß sie da, wo ihr die Konservativen gegen die Fortschrittlichen Hilfe zu leisten pflegten, noch das alte mittelparteiliche Mäntelchen umhängt. Wir dürfen uns durch diese Maskerade nicht täuschen lassen; die Nationalliberalen sind keine Mittelpartei mehr, sondern sie stehen entschieden auf der Linken und sind von uns ebenso scharf zu bekämpfen, wie die Fortschrittlichen."

Wir glauben im übrigen: man muß etwas Nachsicht mit den Nationalliberalen haben. Sie befinden sich in der denkbar größten Verlegenheit. Einer Vorlage zuzustimmen, die wirklich ernsthafte Reformen enthält, ist ihnen durch das Parteiinteresse außerordentlich schwer gemacht. Denn alle Reformen drohen zu ihrem Nachteile auszuschlagen. Wir sehen das ja an den Reformen in den übrigen Einzelstaaten. Ueberall sind die Nationalliberalen unter dem verbesserten Wahlrecht sehr schlecht weggekommen; **nur mit Hilfe anderer Parteien**, insbesondere der Sozialdemokratie, vermochten sie sich vor einem Debakle zu bewahren. Da es ihnen in Preußen nicht besser gehen würde, müssen Sie nach Vorwänden suchen, um die Reformen abzulehnen und dann nachher in Gesellschaft der Sozialdemokraten zu schreien, es sei keine Reform, sondern Volksverrat. Was sie brauchen können und darum allein anstreben, ist ein Wahlrecht, das ihnen Mandate auf Kosten der Konservativen verschafft, mag es sonst aussehen, wie es will. Ueberließe man ihnen, schreibt die „Germania" sehr richtig, die Ausgestaltung des Entwurfes, so würde dem Geldsack und der „Intelligenz", die sie für ihre Partei in Anspruch nehmen zu können glauben, das unbedingte Uebergewicht bei den Wahlen gesichert, das Recht und die Freiheit anderer Leute aber mit Füßen getreten werden. Am wenigsten würden sie für die geheime Wahl zu haben sein. Wenn sie jetzt dafür eintreten, so geschieht das nur, damit sie nicht ganz unter die Räder kommen, für den Fall, daß die Reform ohne sie gemacht werden sollte. Einerseits werden sie, wie wir schon sagten, von den Jungliberalen, anderseits von der Angst vor den Wählermassen getrieben, die geheime Wahl zu bewilligen, aber von Herzen kommt ihnen das nicht, wie es auch den nationalliberalen Großindustriellen garnicht recht ist. Hätten die Nationalliberalen es in der Hand, so würden sie die öffentliche Abstimmung beibehalten. Gerne hätten sie sich mit den Konservativen darüber verständigt, aber sie durften es nicht wagen. Um den Schein zu wecken, schalten sie sich aus und sagen dann, sie seien von dem „schwarz-blauen Block" ausgeschaltet worden.

Lahr (Baden), 14. März. In der alten nationalliberalen Hochburg Lahr fand heute die **Bürgerausschußwahl** in der 3. Klasse statt, die der Sozialdemokratie einen großen Sieg über die nationalliberale und die Fortschrittliche Volkspartei brachte, die zusammen kaum halb so viel Stimmen aufbrachten, als die Sozialdemokratie allein. Besonders die Fortschrittliche Volkspartei, die mit großen Reden und Hoffnungen in den Wahlkampf eintrat, hat sehr schlecht abgeschnitten. Aber auch die Nationalliberalen, die bisher ein unumschränktes Regiment hier führten, sahen ihre Vormacht nun endgültig gebrochen, nachdem sie zu dem Verlust des Landtagsmandats auch noch diese Niederlage bei den Gemeindewahlen erlitten haben. Das

---

Nachbarskinder.

Original-Roman von Irene v. Hellmuth.

18) (Nachdruck verb.)

(Schluß.)

Die junge Dame schien in tiefe Gedanken versunken. Sie achtete nicht darauf, daß manch neugieriger Blick ihr folgte. Sie wußte wohl auch nicht, wie hübsch sie aussah in dem hellen, duftigen Sommerkleid, mit dem großen Florentinerhut, den ein Kranz blaßroter Rosen schmückte. Die schweren Zöpfe waren wie ehemals um den Kopf gesteckt, und so einfach diese Frisur war, sie kleidete Eva doch ganz vorzüglich. Sie nahm den Hut ab und hing ihn an den Arm, und nun konnte man erst wahrnehmen, daß das liebliche Gesicht sich gegen früher etwas gerundet hatte, daß die Wangen ihre ehemalige Blässe verloren und dafür ein zartes Rosa angenommen hatten, und daß auch die Augen viel heller blickten, wie sonst.

Ja, in Evas Herzen wollte leise, leise eine süße Hoffnung ihre Schwingen entfalten. Sie ließ sich nicht mehr ganz verbannen, die Hoffnung auf eine glückliche Zukunft. Und wenn auch dazwischen wieder Zweifel sich regten, wenn Eva sich auch töricht schalt und sich immer wieder vorsagte, daß ja die Schranke, die sie nach ihrer Meinung von jedem Glücke scheiden mußte, noch immer nicht gefallen sei, und nie fallen konnte, daß der häßliche Flecken nach wie vor auf ihrem Namen ruhte, so faßte die Vorstellung, daß die Liebe stärker sei als alles andere, doch nach und nach festere Wurzeln in dem Herzen, das sich sehnte nach Glück und Sonnenschein, und nicht mehr schweigen wollte! So schritt Eva langsam dahin, hier und da eine Blume pflückend bis sie das Ziel ihrer Wanderung erreicht hatte. Dort stand, nahe an einem kleinen, wunderbar klaren Waldsee eine uralte, moosbewachsene Steinbank hinter dieser erhob sich ein merkwürdiger, zackiger Fels in Form einer Kanzel. Schlingpflanzen kletterten daran empor, sie wucherten hier sehr üppig, weil sie aus dem kräftigen, feuchten Waldboden reichliche Nahrung sogen, und hüllten das graue Gestein in einen grünen Schleier.

Eva atmete mit Behagen den unvergleichlich frischen, würzigen Duft ein, den man gewöhnlich an heißen Sommertagen im Nadelwalde wahrnimmt, und blickte träumerisch hinab auf das klare Wasser des Sees, auf dem einige Sonnenstrahlen wie blitzende Lichter tanzten. Man konnte bis auf den Grund schauen und Eva meinte, aus der schimmernden Tiefe blondhaarige Nixen aufsteigen zu sehen, die ihr winkten und sie lockten, mit ihnen hinabzusteigen in die grünliche Flut.

Nichts regte sich an dem reizenden, stillen Ort, denn die Sommergäste, die das liebliche Plätzchen zuweilen aufsuchten, waren sämtlich zum Konzert, das eine ausländische Musikkapelle im Kurhause veranstaltete.

Eva merkte kaum, daß es zwischen den hohen Bäumen bereits zu dunkeln begann. Ein leiser Wind flüsterte im Schilf am See, der jetzt fast finster dalag, denn die Strahlen der Sonne erreichten ihn nicht mehr.

Plötzlich schrak Eva zusammen, denn ein leises Geräusch von näherkommenden Schritten drang an ihr Ohr, und sie machte sich Vorwürfe, so lange geblieben zu sein.

Sie erhob sich, griff nach dem Sonnenschirm auf der Bank, drückte den Hut auf die Flechten und wollte sich entfernen, als aus dem Haselgesträuch, das den Weg halb verdeckte, ein Mann auf sie zutrat, bei dessen Anblick die junge Dame wie kraftlos auf die Bank zurücksank. Einen leisen Schrei ausstoßend, verharrte, das Mädchen unbeweglich, die Hand auf das in rasendem Tempo pochende Herz gepreßt.

Mit einem nicht mehr zu unterdrückenden Jubelruf eilte der Ankömmling auf Eva zu, die wortlos, doch mit glücklichem Ausdruck in den schönen, strahlenden Augen auf den jungen Mann starrte, und es auch völlig willenlos geschehen ließ, daß er die zarten Finger an seine Lippen drückte.

„Eva, — meine Eva!" sagte er nur, und dann saß er neben ihr auf der moosbewachsenen Bank und hielt ihre Hände in den seinen, während die Sonne tiefer und tiefer sank. Die Blätter zitterten leise im Abendwind, sonst tiefes Schweigen ringsumher.

„Endlich, — endlich darf ich an ein Glück glauben, das du mir so lange vorenthalten hast, böses Mädchen," sagte Sigmund Linde in tiefer innerer Bewegung. „Eva, hättest Du doch gleich Vertrauen zu mir gehabt, hättest Du mir doch gesagt, was Dich zu dem grausamen, unerbittlichen „Nein" bewog, mit welchem Du mir auf meine innige Werbung antwortetest! Wie viele trübe Stunden hättest Du uns beiden erspart! Arme Eva, was mußt Du gelitten haben!"

Das Mädchen nickte.

„Erinnerst Du Dich noch jenes Morgens, als Du an unserm Fenster standest, und mir daß ein ehrlicher Name Dir über alles ginge?" fragte Eva nach einer Weile.

„Ja, sehr gut."

„Nun siehst Du, das gab damals den Ausschlag. Am Abend vorher hatte mir die Mutter die Geschichte unseres Unglücks, unserer Schande erzählt. Die ganze Nacht dachte ich darüber nach. Wie konnte ich, da Du Deine Ansichten so offen und klar aussprachst, Deine Werbung noch annehmen? Sollte ich Dir die Sache mitteilen, oder sollte ich darüber schweigen? In jedem Falle fürchtete ich, Deine Liebe zu verlieren! Was ich dabei litt davon kann ich nicht sprechen, es war fast zu viel! Ich wies Deinen Antrag ab, weil ich glaubte, nicht anders handeln zu dürfen, weil ich Dich vor späterer Reue bewahren wollte."

„Und bedachtest dabei nur eines nicht: daß die Liebe stärker ist, als alles andere, daß sie im Stande ist, Geld und Gut, Namen und E opfern? O Eva, — Kind, wie konntest Du nur so klein von mir denken!"

„Und Du willst mich, — willst mich wirklich trotz alledem? Weiß Du denn die ganze volle Wahrheit, weißt Du, daß mein Vater ein Ehrloser war, daß er im Gefängnis starb?" — —

„Still, — Eva!" unterbrach Sigmund die Rede des erregten Mädchens, „laß die Schatten der Vergangenheit nicht wieder lebendig werden! Wir haben beide genug darunter gelitten! Sie sollen begraben sein!"

„Und wenn wieder einer auftaucht, und den Leuten erzählt, daß — —"

„Quäle Dich doch nicht so entsetzlich, Kind, die Sache ist lange vergessen," fiel der Doktor wieder ein. „Wer wird Dich für die Tat Deines Vaters verantwortlich machen wollen? Du trägst in Zukunft meinen Namen, und fortan soll Dich nichts an die Vergangenheit erinnern!"

„Wirst Du es auch nicht bereuen, — Sigmund?"

Es geschah zum ersten Mal seit den Kinderjahren wieder, daß Eva ihn beim Vornamen nannte. Sie tat es auch jetzt noch halb stockend und errötend, aber sie fühlte, es machte ihm Freude. Es klang auch so süß, daß er das leise erschauernde Mädchen stürmisch in seine Arme zog und auf den roten Mund küßte.

„Laß die Zweifel jetzt, Geliebte," bat er dann

Zentrum ist in der zu zwei Drittel protestantischen Stadt relativ schwach vertreten; es konnte mit Aussicht auf Erfolg eine eigene Kandidatenliste nicht aufstellen, und da die liberalen Parteien es auf ihren Wahlvorschlägen auch nicht berücksichtigten, beteiligte es sich gar nicht am Wahlkampf.

Deutscher Reichstag.

□ Berlin, 11. März 1910.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler von Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre von Schon, Wermuth, Delbrück, Lisko, sowie mehrere Mitglieder des Auswärtigen Amtes.

Tages-Ordnung: Haushalt des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts.

Präsident Graf Schwerin teilt mit, daß zuerst die elsaß-lothringische Frage, dann die allgemeine äußere und innere Politik und schließlich die Resolutionen beraten werden sollen.

Abg. Bonderscheer (Zentr.): Nach der bestehenden Verfassung ist für Elsaß-Lothringen der Reichstag eine gesetzgebende Körperschaft. Das Landesparlament ist lediglich eine Arbeitsablagestelle für erstere oder sein Hilfssenat. Das ist ein nicht zu ertragender Zustand. Die Befugnisse der Landesbehörden sind ebenfalls unvollkommen, es fehlt vor allem an Einheitlichkeit. Es muß Elsaß-Lothringen den anderen Bundesstaaten gleich gestellt werden, auch hinsichtlich des Bundesrates. Ferner wünschen wir die Einführung des Reichstagswahlrechts für den Landesausschuß. Die vom Reichskanzler geforderten Garantien werden von den Elsaß-Lothringern völlig erfüllt. Sie werden uns allerdings durch die alldeutschen Hetzereien gemeinster Art schwer gemacht, so durch die wüste Agitation gegen den Sprachenantrag im Landesausschuß, der nicht politischen Charakter hatte.

Abg. Dr. Gregoire (Elsässer): Schwerer als die Zuständigkeit des Reichstages ist die Abhängigkeit vom Bundesrat. Wir erstreben bundesstaatliche Selbständigkeit. Ausschaltung des Bundesrates, Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für die Landesvertretung, die möglichst noch vor der Einführung der Verfassung erfolgen soll. Die große Mehrheit der Bevölkerung mißbilligt es, daß eine endgültige, wenn auch nicht kluge Privathandlung der Gräfin von Wedell in die öffentliche Diskussion hineingetragen wurde und daß dadurch die von starkem Willen getragene Politik unseres Statthalters angegriffen wurde. Wir wollen Deutsche sein und ein deutscher Bundesstaat werden. Es würde auch in Frankreich Genugtuung und Entspannung hervorrufen und eine weitere Annäherung an Frankreich würde, wie allgemein anerkannt wird, segensreich sein.

Abg. Böhle (Soz.): In der Forderung der französischen Sprache für die Volksschulen, die lediglich wirtschaftliche Bedeutung hat, ist sich die ganze Bevölkerung einig, ebenso wie in der Forderung der Autonomie. Man sollte, wie in Frankreich die Kirche vom Staate trennen. Mit der jetzigen Regierungsweise sind nicht nur die Elsässer, sondern ganz Deutschland unzufrieden.

Abg. D Naumann (fortl. Vp.): Deutschland hat den Elsaß-Lothringern den Umtausch der Staatsangehörigkeit zu schwer gemacht. Wirtschaftlich hat das Land zweifellos Vorteil davon gehabt. Für die Gewährung seiner politischen Wünsche hat Deutschland jedoch zu viel schulmeisterliche Aengstlichkeit bewiesen.

Abg. Dr. Hieber (ntl.): Die organische Fortentwickelung der Reichslande hat in den etwa 40 Jahren seines Bestehens leider keine erheblichen Fortschritte gemacht. Man sollte das Land nicht als Beuteobjekt betrachten, sondern als Heimatland deutscher Sitte, das auch innerlich für Deutschland zurückgewonnen werden muß.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Ich erachte es für außerordentlich dankenswert, daß heute eine eingehende und lebhafte Debatte über die elsaß-lothringische Frage sich entwickelt hat. Die Art und Weise und der warme Ton, mit dem diese Angelegenheit behandelt worden ist, kann der Lösung dieser Frage nur fördernd sein. Die Erweiterung der politischen Selbständigkeit Elsaß-Lothringens halte auch ich für notwendig. Ich habe einen Gesetzentwurf, der sich mit der Weiterbildung der elsässischen Verfassung beschäftigt, ausarbeiten lassen (lebhaftes Bravo, Rufe bei den Soz. Abwarten!), ich werden Ihnen über den Inhalt dieses Entwurfes selbstverständlich erst im einzelnen Mitteilung machen können, wenn das Stadium des Bundesrates durchlaufen sein wird. Die staatsrechtlichen Schwierigkeiten werden dabei überwunden werden.

Abg. Dr. Ricklin (Elsässer): Der Landesausschuß besteht nicht aus illoyalen Notablen, die im Herzen Franzosen sind. Der sogenannte Nationalismus ist nichts als berechtigter Partikularismus, der in der letzten Zeit vielleicht zu schroff aufgetreten ist. Erhalten wir die Autonomie, so wird sich Elsaß-Lothringen von keinem anderen deutschen Lande an Loyalität übertreffen lassen.

Abg. Dr. Hoeffel (Vp.): Die Erklärung des Reichskanzlers wird die Gefühle des Mißtrauens in Elsaß-Lothringen zum größten Teile beheben. Die Autonomie wird ein Werk der Versöhnung zwischen den nationalen Gegensätzen sein.

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Hoffentlich wird der angekündigte Entwurf so beschaffen sein, daß er Elsaß-Lothringen fester an das Reich knüpft.

Abg. Dr. von Dziembowski-Pomian (Pole): Wir empfinden vollste Sympathie für Elsaß-Lothringen und freuen uns, daß der Wunsch nach Autonomie bald in Erfüllung gehen soll.

Abg. Emmel (Soz.): Die Frage der nationalen Garantie hätte längst als erledigt betrachtet werden müssen. Die Einführung des Reichstags-Wahlrechts für die Landesvertretung ist notwendig.

Abg. Hauß dankt allen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten, daß sie heute die elsaß-lothringische Frage so wesentlich gefördert haben, herzlich und ebenso dem Reichskanzler für den in Aussicht gestellten Entwurf. Damit schließt die Besprechung über Elsaß-Lothringen.

Es folgt die allgemeine Debatte über auswärtige und innere Politik.

Abg. Frank-Ratibor (Ztr.) wünscht Zulassung der polnischen und mährischen Sprache als Versammlungssprache für den Wahlkreis Ratibor.

Abg. Haußmann (fortschrit. Vp.): Eine Verminderung der Spannung zwischen Frankreich und Deutschland ist mit Freuden zu konstatieren. Besseren Beziehungen zu Italien wird das Land große Sympathien entgegenbringen, besonders wichtig ist ein freundschaftliches Verhältnis zu England. An der dänischen Grenze könnten die Grundsätze der Regierung revidiert werden; die jetzigen sind durchaus unklar. In der Wahlrechtsvorlage widerspricht sich der Reichskanzler hier und im Abgeordnetenhause. Die Regierung muß eine Regierungspartei hinter sich haben.

Abg. Wommelsdorf (ntl.): Die Maßnahmen der Polizeiverwaltung in Nord-Schleswig der dänischen Agitation gegenüber sind durchaus berechtigt.

Abg. von Dziembowski (Pole): Hinsichtlich der preußischen Politik muß man sich fragen, ob überhaupt noch staatsbürgerliche Gleichberechtigung besteht.

Abg. Hannken (Däne): Wir werden auf dem Boden der Verfassung einen energischen Kampf um unser staatsbürgerliches Recht führen.

Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Reichskanzlers wird bewilligt und darauf die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Außer dem Etat des Reichsschatzamtes, kleinere Etats.

Schluß 7½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

* Berlin, 11. März 1910.

Fortsetzung der

zweiten Beratung der Wahlrechtsvorlage.

Zu § 13, der die Bestimmungen über die Auslegung der Abteilungslisten enthält, begründet

Abg. Meyer-Tiepholz (ntl.) einen nationalliberalen Antrag, worin verlangt wird, daß die Auslegung der Abteilungslisten nicht in Privathäusern erfolgen darf, wenn in dem betreffenden Stimmbezirk Geschäftsräume einer öffentlichen Behörde vorhanden sind.

Der Antrag wird abgelehnt und dann die §§ 13 bis 16 in der Fassung der Kommission angenommen. — § 16a bestimmt nach den Kommissionsbeschlüssen, daß die Wahlmänner aus dem Stimmbezirk (oder falls die Gemeinde aus mehreren Stimmbezirken besteht) aus der Gemeinde gewählt werden.

Ein Antrag Hobrecht (ntl.) will die Auswahl der Wahlmänner dadurch erweitern, daß sie aus dem ganzen Kreise (Stadt- oder Landkreis), dem der Stimmbezirk angehört, entnommen werden dürfen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.): Wenn wir wüßten, daß die Nationalliberalen für den Fall der Annahme ihres Antrages dem Gesetze im ganzen ihre Zustimmung geben würden, so würden wir bezüglich ihres Antrages mit uns reden lassen. Grundsätzlich haben wir schwere Bedenken dagegen. Die Sozialdemokratie würde dadurch in die Lage versetzt werden, in Zukunft auch Bezirke mit Wahlmännern zu besetzen, in denen sie bisher noch nicht vertreten war. Ihr das zu erleichtern, haben wir keinen Grund. Wir werden daher den Antrag vorläufig ablehnen.

Abg. Ströbel (Soz.): Wir können es verstehen, warum die Konservativen sich so gegen den Antrag Hobrecht wenden. Man will es den oppositionellen Parteien unmöglich machen, auf dem Lande Wahlmänner zu finden. Das klang deutlich aus der Rede des Frhrn. v. Zedlitz heraus.

Abg. Dr. Pachnicke (Fortschr. Vp.): Durch den nationalliberalen Antrag soll lediglich die Aufstellung von Wahlmännern erleichtert werden.

Abg. Herold (Zentr.): Die Anregung, den Kreis, aus dem die Wahlmänner entnommen werden können zu erweitern, ist vom Zentrum ausgegangen. Nun kann man an sich gewiß zweifelhaft sein, ob es richtiger ist, die Gemeinde als Maßstab zu nehmen oder den Kreis, oder, was ja auch in der Kommission beantragt worden ist, den ganzen Wahlkreis. Nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß der ursprünglich von uns gestellte Antrag, Wahlmänner aus der Gemeinde zu nehmen, das Richtige trifft. So wie man über die Gemeinde hinausgeht, ergeben sich allerhand praktische Schwierigkeiten. Man muß da mit einem gewissen Lokalpatriotismus rechnen, der zwischen den einzelnen Gemeinden besteht. Es würde in den einzelnen Gemeinden gar zu leicht Mißstimmung und Unzufriedenheit erregen, wenn der Wahlmann aus der Nachbargemeinde entnommen werden sollte und das würde ganz besonders unangenehm in die Erscheinung treten, wenn ein Kreis aus Stadt- und Landgemeinden besteht und so eine Konkurrenz zwischen Stadt und Land entstehen würde. Um alle dem aus dem Wege zu gehen, ist das Zweckmäßigste, man legt die Gemeinde zugrunde, innerhalb deren auch die Personenkenntnis besteht, die nun einmal vorhanden sein muß, um die richtige Auswahl der Wahlmänner sicher zu stellen. Denn wenn man auch auf dem Standpunkte steht, daß der Wahlmann lediglich der Beauftragte der Urwähler ist, so besteht doch zwischen beiden ein gewisses Vertrauensverhältnis. Aus allen diesen Gründen werden wir an den Kommissionsbeschlüssen festhalten. (Beifall im Zentrum.)

§ 16a wird unter Ablehnung des Antrages Hobrecht (ntl.) unverändert angenommen.

§ 17 bestimmt, daß die Wahl der Wahlmänner in einer Abstimmungsfrist stattfindet, deren Anfang und Endpunkt vorher zu veröffentlichen ist. Ein Antrag Dr. Bell (Zentr.) verlangt, daß in Ortschaften mit nicht mehr als 3000 Einwohnern Termin- oder Fristwahl stattfinden soll, während nach einem Antrag Ahrens (kons.) für Ortschaften mit nicht mehr als 5000 Einwohnern Terminwahlen stattfinden sollen. Ein Antrag Viereck (fk.) will die Oberpräsidenten ermächtigen, auf Antrag Terminwahlen anzuordnen.

Es entsteht wegen der Anträge eine längere Debatte.

Abg. Leinert (Soz.): Man muß sich schämen, wenn man daran denkt, mit welch teuflischen Mitteln die Rechte des Volkes illusorisch gemacht werden.

Vizepräsident Dr. Krause: Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausführungen etwas zu mäßigen.

Abg. Leinert (Soz.): fortfahrend: Die geheime Wahl soll durch die Terminwahl unmöglich gemacht werden. Für derartige Anträge, wie sie hier vorliegen, gibt es gar keinen parlamentarischen Ausdruck. (Widerspruch im Zentrum und rechts.) Die ganzen Anträge sind nur geeignet, dem Volke das Wählen noch mehr zu verleiden. Wenn Sie das geheime Wahlrecht sichern wollten, dann hätten Sie für unsere Anträge stimmen sollen.

Vizepräsident Dr. Krause: Ich behalte mir vor, auf Ihre Ausführungen noch zurückzukommen, wenn das Stenogramm vorliegt.

Abg. Herold (Ztr.): Abg. Hoff (frs. Vp.) scheint es für seine Aufgabe zu halten, in Angriffen auf das Zentrum mit den Sozialdemokraten zu wetteifern. (Sehr gut! im Zentrum.) Beide Herren haben es so dargestellt, als ob die Frage Terminwahl oder Fristwahl von entscheidender Bedeutung sei für die Möglichkeit der Beeinflussung. Ich stelle demgegenüber fest, daß so durch Festlegung der geheimen Wahl die Beeinflussung unmöglich gemacht ist. Sollte sie doch noch vorkommen, so konnte das bei der Terminwahl nicht leichter geschehen, als bei der Fristwahl. Somit ist die Entscheidung, ob Frist- oder Terminwahl, lediglich nach praktischen Gesichtspunkten zu treffen. Es kommt lediglich darauf an, welches System den Wählern das Wahlgeschäft am meisten erleichtert, und da bin ich der Ansicht, daß das im allgemeinen die Fristwahl tut. Es kann aber auch Gemeinden geben, in denen die Fristwahl eine Erschwerung des Wahlgeschäfts bedeutet, nämlich in solchen Gemeinden, wo am Schluß der Wahl eine engere Wahl vorgenommen werden muß. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir unseren Antrag gestellt. Wir gehen dabei davon aus, daß bei Gemeinden von mehr als 3000 Einwohnern der ländliche Charakter schwindet; deshalb soll in solchen Gemeinden die Fristwahl obligatorisch sein. Bezüglich der kleinen Gemeinden wollen wir jedoch die Terminwahl nicht obligatorisch machen. Wer hier im einzelnen entscheiden soll, das wollen wir nicht im Verfassungsgesetz festlegen, sondern das soll die Wahlordnung bestimmen. Dem Antrag Viereck stimmen wir zu.

Vizepräsident Dr. Krause: Während der Ausführungen des Abg. Leinert ist der Ausdruck „Narrenhaus" gefallen. Ich kann nicht feststellen, wer den Ausdruck gebraucht, sonst würde ich ihn nicht ungerügt gelassen haben. Darauf hat der Abg. Leinert nach dem Stenogramm gesagt: „Wenn dieser Ausdruck auf das Abgeordnetenhaus gemünzt ist, dann haben Sie recht." Herr Leinert wegen dieser Aeußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

§ 17 wird angenommen, desgleichen der Zentrums-Antrag und ein Antrag Viereck betr. Wiederherstellung des Absatzes 2 des § 17 der Regierungsvorlage, wonach Abteilungen, die 500 und mehr Wähler haben, in Abstimmungsgruppen geteilt werden können.

Die §§ 17a und b, sowie 18 und 19 werden ohne Debatte angenommen. Beim § 20 nennt der Abg. Leinert (Soz.) die Arbeit der Kommission eine liederliche und wird dafür zur Ordnung gerufen.

Die zu den §§ 20a und 21b gestellten Anträge werden angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest des Gesetzes.

Hierauf begründet Abg. Dr. Pachnicke (fortschrit. Vp.) einen Antrag seiner Partei, wonach im Gesetz ein neuer Artikel eingefügt werden soll, in den Bestimmungen über Wahlurnen, Stimmzettel, Wahlzettel usw., Sicherung des Wahlgeheimnisses gefordert werden. Es liegt außerdem eine Resolution der Kommission vor, wonach die Regierung bei Revision des Strafgesetzbuches auf die Aufnahme von Bestimmungen hinwirken soll, wonach die Befragung eines Zeugen darüber, wem er bei der geheimen Wahl seine Stimme gegeben hat, verboten wird. Der zweite Teil der Resolution enthält etwa dieselben Bestimmungen wie der freisinnige Antrag, jedoch soll die Bestimmung dem Gesetze nicht angefügt, sondern nur im Wahlreglement aufgenommen werden.

Die Resolution der Kommission wird angenommen, der freisinnige Antrag abgelehnt. Eine Resolution der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten auf Neueinteilung der Wahlkreise und Vermehrung der Zahl der Abgeordneten wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage, kleinere Vorlagen.

Schluß nach 4 Uhr.

Westfalen — Rheinland.

Dülmen, den 16. März.

Mittelstandsfürsorge.

Bei der diesjährigen Beratung zum Etat des Reichsamts des Innern trat mehr als in früheren Jahren die Mittelstandspolitik in den Vordergrund. Das hebt auch Professor Dr. E. Francke in der von ihm herausgegebenen Sozialen Praxis (Nr. 22) hervor, indem er in einem Artikel: Bemerkungen zu den sozialpolitischen Reichstagsverhandlungen bei der zweiten Lesung des Etats des Innern u. a. ausführt:

Kein bürgerlicher Sozialreformer, mag er noch so stark die Notwendigkeit der Sozialpolitik für die Arbeitnehmer betonen, wird sich der Pflicht entziehen, auch für die Verbesserung der Lage und den Schutz der Persönlichkeit in jenen Klassen einzutreten, die unter dem leider recht verschwommenen Namen des Mittelstandes zusammengefaßt werden. Gemeint sind damit vornehmlich der Handwerker, der Kleinkaufmann, der Bauer. Aber es gehören dazu auch Hunderttausende mittlerer und unterer Beamten sowie breite Schichten der Angehörigen freier Berufe, der kaufmännischen und technischen Angestellten, endlich die wachsenden Scharen hochgelernter Arbeiter. Sie bilden den neuen Mittelstand, der dem alten frische Kräfte zuführt, starken Halt gibt. Hier ist alles noch im Werden, und gerade weil der moderne Mittelstand kein gleichartiges, geschlossenes Gebilde ist, müssen auch die Hilfsmaßnahmen verschieden sein. Absterbende, veraltete, ausgehöhlte Elemente künstlich retten zu wollen, hieße die gesunden, aufstrebenden, kraftvollen Glieder des Organismus schädigen. Diesen muß sich auch im Mittelstande die staatliche Sozialpolitik zuwenden. Wegen unlauterer Machenschaften in Handel und Wandel ist geboten, Erziehung zu besserer Fachbildung, Organisation der Selbsthilfe dringend notwendig. Erleichterung der Steuern, Lasten und Kosten rätlich. Jede Aktion der Regierung in dieser Richtung zur Hebung der verschiedenen Gruppen des Mittelstandes wird von uns freudig begrüßt werden; denn wir stimmen durchaus dem Staatssekretär des Innern zu, wenn er sagt: „An der Erhaltung dieses Standes muß jedem Staat und jedem ernsten Politiker viel gelegen sein."

Man wird es nur begrüßen können, wenn ein so angesehenes Blatt wie die Soziale Praxis sich in Zukunft vor allem auch der Interessen des selbstständigen Mittelstandes in dem dargelegten Sinne annehmen wird.

* * *

* Keine Oberpräsidentenkrisis. Der M. Anz. läßt sich von gut unterrichteter Seite mitteilen, daß von einem Rücktritt des Oberpräsidenten von der Recke von der Horst keine Rede sei.

○ Bargsteinfurt, 13. März. Das Martyrium eines Kindes enthüllte sich vor dem Schöffengericht hierselbst in einer Verhandlung gegen den Sattler Theodor Brunsmann aus Borghorst. Dessen 17jährige Tochter aus erster Ehe, ein geistig etwas zurückgebliebenes Kind, wurde im elterlichen Hause in der erbärmlichsten Weise mißhandelt und gequält. Das Kind, das schließlich seinen Eltern weggenommen wurde, weil es nach dem Urteil des Arztes bei längerem Verweilen im Elternhause unbedingt dem Tode entgegenging, war nur notdürftig gekleidet und der Körper zeigte überall neben gräßlichem Schmutz Wunde an Wunde; es stand, wie die Zeugen aussagten, mit Schlägen auf und ging mit Schlägen ins Bett. Die Stiefmutter konnte das Mädchen nicht sehen und drohte ihrem Manne, daß sie das Haus verlasse, wenn das Kind nicht wegkäme. Es wurde mit Füßen getreten und mit Hacken- und Mistgabelstielen geschlagen; seine Schlafstätte war eine Rumpelkammer und das Lager eine verfaulte Matratze, aus der die Drähte in die Höhe standen. Der Amtsanwalt beantragte gegen den Rabenvater 2 Jahre Gefängnis; das Urteil lautete auf 9 Monate 1 Woche Gefängnis.

* Barmen, 14. März. In der sozialdemokratischen Konsumgenossenschaft „Vorwärts" haben fünf Lagerhalter wegen Unredlichkeiten entlassen werden müssen. Wie in der Generalversammlung mitgeteilt wurde, beläuft sich die veruntreute Summe auf 1995 M. Von einer Strafanzeige hatte die Leitung der Genossenschaft abgesehen. Inzwischen ist aber, wie wir der „Köln. Ztg." entnehmen, die gesetzliche Verfolgung doch aufgenommen worden. Bei der Besprechung der Veruntreuungen in der Versammlung fehlte es nicht an Vorwürfen gegen den Vorstand, der nicht ganz frei von Schuld sei und Unterschlagungen in solchem Umfange hätte vermeiden können, wenn er die Aufsicht schärfer gehandhabt hätte. Auch der Aufsichtsrat habe vielfach in seiner Kontrolltätigkeit versagt. Eine weitere Beschwerde richtete sich dagegen, daß man die Ungetreuen mit ungleichen Maßen gemessen, und vier sofort entlassen, einem dagegen gekündigt habe. Es wurde schließlich ein Beschluß herbeigeführt, durch den die Verwaltung ersucht wurde, den fünften Lagerhalter sofort zu entlassen. Ein zweiter Antrag, einen Ausschuß zur Prüfung der ganzen Angelegenheit einzusetzen, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung.

* Osterfeld, 13. März. Der Reichstagsabgeordnete Herzog von Arenberg schenkte Pfarrer Strumann 5000 M als Beihilfe für das hier projektierte katholische Waisenhaus. Der Bau eines solchen ist schon lange als ein dringendes Bedürfnis anerkannt. Bekanntlich wurde der Platz für die Errichtung des Waisenhauses zu einem sehr niedrigen Preise von dem Abgeordneten Gutsbesitzer Dr. Ostrop von hier erworben.

* Essen, 11. März. Der Ballon „Bamler" gepfändet. Der Ballon „Bamler" vom niederrheinischen Verein für Luftschiffahrt ist durch die Steuerbehörde gepfändet worden. Der Sachverhalt ist folgender: Das Kohlensyndikat ist dem Vereine mit einem einmaligen Beitrage von 20 000 Mark als Mitglied beigetreten. Die Steuerbehörde ist der Ansicht, daß es sich um eine Schenkung handelt und verlangt die gesetzmäßige Steuerleistung. Der Verein dagegen ist der Meinung, daß diese Auslegung unzutreffend ist, es müsse dann jeder freiwillig höhere Mitgliederbeitrag als Stiftung betrachtet werden und zwar nicht bloß bei diesem, sondern auch bei anderen Vereinen. Der Niederrheinische Verein für Luftschiffahrt verweigerte infolgedessen die Steuerleistung, worauf die Pfändung vorgenommen wurde. Der Verein wird für die Klärung der Streitfrage den Rechtsweg beschreiten.

* Köln, 13. März. Gewaltiger Felssturz im Ahrtal. Bei den Arbeiten zur Erweiterung des Einschnittes der Ahrtalbahn oberhalb Walporzheim stürzten gestern ungeheure Felsmassen auf den Bahnkörper herab, so daß der ganze Verkehr der Ahrtalbahn unterbrochen wurde. Glücklicherweise hatten sich die Bahnarbeiter bei dem Felssturz rechtzeitig in Sicherheit bringen können.

Vermischtes.

+ Berlin, 14. März. Berthold Kempinski gestorben. Der bekannte Gründer des hiesigen Weinhauses, Berthold Kempinski, ist heute im Alter von 63 Jahren an Arterienverkalkung gestorben.

+ Kiel, 14. März. Ein zweiter Diebstahl ist im Kieler Landgerichtsgebäude verübt worden. Der erste Diebstahl wurde bekanntlich im Sommer 1909 an wichtigem Urkundenmaterial (Briefen, Briefkopien usw. aus der von dem Kaufmann Frankenthal beschlagnahmten Korrespondenz) verübt. Nachdem Frankenthal dann im Werftprozeß freigesprochen worden war, wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet, in dem schon mehrere Vernehmungen durch den Untersuchungsrichter erfolgt sind. Gestern entdeckte man plötzlich, daß von dem Beweismaterial die beiden Hauptbücher Frankenthals gestohlen worden sind. Die Untersuchung hat bisher keinen Anhaltspunkt ergeben, wie der Diebstahl möglich war.

× Bunzlau, 14. März. (Drahtb.) Bei lebendigem Leibe verbrannt. Während der Elektrotechniker Schmidt auf einem Leitungsmast beschäftigt war, wurde plötzlich der elektrische Strom eingeschaltet. Seine Kleider fingen Feuer und der Mann verbrannte bei lebendigem Leibe. Der Arbeiter Ihle, der ihm zu Hilfe eilte, wurde durch einen elektrischen Schlag lebensgefährlich verletzt.

+ Brünn, 14. März. (Drahtb.) Großfeuer. In einem Dorfe in der Nähe von Konitz vernichtete am Sonnabend ein Schadenfeuer 17 Häuser. Vier Menschen fanden in den Flammen den Tod. Die Dorfbewohner wollten den Häusler, bei welchem der Brand ausgebrochen war, lynchen und in die Flammen stoßen, da man ihn beschuldigte, daß er den Brand gelegt habe. Die Polizei verhinderte jedoch die Menge an diesem Vorhaben.

ernst, ihr tief in die Augen schauend. „Mag Dein Vater gefehlt haben, wir wollen nicht richten, sonder zu vergessen suchen, was längst begraben ist."

„Weiß Deine Mutter?" — fragte Eva, noch immer beklommen und ängstlich.

Sigmund nickte und ein Lächeln glitt über sein männlich schönes Gesicht.

„Sie ist mit mir gekommen, auch das Kind haben wir mitgebracht, denn wir gedenken, einige Wochen hier zu verleben. Sie sitzt bei Deiner Mutter und beide Frauen haben sich so viel zu erzählen, daß ich mir recht überflüssig vorkam. Ich ließ mir den Weg hierher genau beschreiben und fand mühelos Dein Lieblingsplätzchen. Die Sehnsucht nach Dir, die ich aus Rücksicht für die tote Mutter meines Kindes so lange bezwingen mußte, packte mich plötzlich mit Gewalt und trieb mich vorwärts. Auch war mir daran gelegen, Dich allein sprechen zu können und freue mich dieser unvergleichlich schönen Stunde. Aber nun komm, meine Eva, daß ich meinem kleinen Jungen die zukünftige Mutter vorstelle. Er ist ein herziges, kluges Kerlchen, Eva — wirst Du ihn lieben können?"

Ueber das Gesicht des jungen Mädchens liefen helle Tränen.

„Ich werde mich bemühen, sein kleines Herz zu gewinnen, er soll eine treue und sorgsame Mutter in mir finden," gelobte Eva feierlich.

„Ich danke Dir, mein Lieb", sagte Sigmund warm und drückte ihre Hand.

Dann wanderten sie Arm in Arm heimwärts durch den schweigenden Wald, wo nur noch hie und da eine leise zwitschernde Vogelstimme ertönte.

Jubelnd flog Eva etwa eine halbe Stunde später in die ausgebreiteten Arme ihrer lieben, mütterlichen Freundin, deren gutes, rundliches Gesicht vom Wiederschein der Freude förmlich strahlte.

Dann nahm die glückliche, junge Braut das Kind auf den Arm und drückte ihr tränenüberströmtes Gesicht in das lockige, seidenweiche Blondhaar des Kleinen.

Lächelnd sah Sigmund diesem Beginnen zu.

Zwei Monate später zog mit Eva das wahre Glück im Hause Sigmund Lindes ein. Auch die beiden Mütter waren nicht nur Zeugen desselben, sondern nahmen von ganzem Herzen daran teil. — —

— Ende! —